

# NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

## I N H A L T :

Eine machivolle Demonstration der Kräfte des Friedens	1
A. PEREWERTAILO — Zur Schaffung der Volksrepublik China . . . . .	3
A. KORNILOW — Komplott gegen die finnische Demokratie . . . . .	9
Internationale Umschau (Notizen) . . . . .	12
Wsewolod IWANOW — Ist der Friede erreichbar? . .	16
A. MOSKWIN — Auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung (Notizen eines Korrespondenten)	21
I. ANISSIMOW — Die Goethefeiern in Deutschland	24
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen:	
I. PODKOPAJEW — Ägyptische Märchen englisch verfont . . . . .	28
Kritik und Bibliographie:	
N. JEWGENJEW — Eine läppische Anwältin des aggressiven Blocks . . . . .	29
Chronik der internationalen Ereignisse . . . . .	31

**Nr. 41**  
**Jahrgang 1949**

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

**Schriftleiter: W. BERESIN**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

---



## Eine machtvolle Demonstration der Kräfte des Friedens

**D**ER Internationale Friedenstag, der 2. Oktober, wurde in allen Teilen der Welt mit einem Erfolg durchgeführt, der selbst die kühnsten Erwartungen übertraf.

Die Riesenkundgebungen, die am 2. Oktober in Frankreich, Italien, England, Deutschland und andern Ländern Westeuropas stattfanden, die „Wochen des Friedensschutzes“ in den Ländern der Volksdemokratie, die Landeskongresse der Arbeiter zum Schutz des Friedens in Chicago, die Bildung eines Komitees zum Schutz des Friedens in China, die Manifestationen in Lateinamerika und in den Ländern des Nahen Ostens — sie alle zeigten, was für gewaltige Kräfte in Bewegung gekommen sind. Selbst die dickfelligsten und wütendsten imperialistischen Politiker können ihre Augen nicht gegen den klar ausgedrückten unerschütterlichen Willen der Völker verschließen, die Brandstifter eines neuen Krieges zu bändigen und ihre verbrecherischen Pläne zu durchkreuzen.

Außerordentlich begeistert und schwungvoll wurde der Internationale Friedenstag in Moskau, Leningrad und Kiew, in allen Städten und Dörfern der Sowjetunion begangen. Der 2. Oktober war ein neues leuchtendes Zeugnis der Einmütigkeit, mit der das Sowjetvolk die friedliche Stalinsche Außenpolitik der Sowjetregierung unterstützt.

Ist es etwa schon lange her, daß die Presselakaien der Wall Street sich noch unterstanden, die Bewegung der Friedensanhänger zu verspotten? Noch im April dieses Jahres schrieb das reaktionäre Pariser Schmierblatt „Aurore-France Libre“ mit dem Anspruch auf Ironie, die Friedensanhänger seien „ein von Moskau erfundener neuer Menschenschlag“. Was sagen diese korrupten Witzbolde heute, da Millionen französischer Patrioten sich an der Volksabstimmung für den Frieden beteiligt haben? Was sagen die englischen, amerikanischen, italienischen und sonstigen reaktionären Skribenten, die die Stirne hatten, die treue Ergebenheit der Völker für den Frieden in Zweifel zu stellen? Heute sind diese Herren und ihre Gebieter nicht zum Scherzen aufgelegt, denn

selbst die verbohrtesten von ihnen mußten sich am 2. Oktober davon überzeugen, daß die Friedensfront durch alle Länder geht, daß alle ehrlichen, vernünftig denkenden Menschen, unabhängig von ihrer Rasse, Nationalität, sozialen Stellung und politischen Überzeugung, sich als Teilnehmer der großen Armee der Friedenskämpfer betrachten.

In den letzten Monaten war der ganze imperialistische Propagandaapparat des Betrugs und der Desinformation aufgeboten worden, um in die Reihen der Friedensfreunde Verwirrung zu tragen, ihnen den Glauben an ihre Kräfte zu rauben und den Gedanken einzuflößen, daß der Krieg unvermeidlich und unabwendbar sei. Die gewaltige, stetig zunehmende Entfaltung der Friedensbewegung zeugt vom völligen Fiasko dieses tückischen Vorhabens.

Das antiimperialistische Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus, dessen Bollwerk und anerkannter Führer die Sowjetunion ist, steht größer und stärker da denn je zuvor. Unter den Bannern des Kampfes für den Frieden, die dieses Lager entfaltete, haben sich so gewaltige Menschenmassen vereint, daß nur Wahnsinnige sie mißachten könnten. Man braucht nur solche Ereignisse der letzten Septembertage dieses Jahres aufzuzählen wie die Proklamierung der Volksrepublik in China mit seiner fast eine halbe Milliarde zählenden Bevölkerung, wie das zur allbekannten Tatsache gewordene Fiasko der Atomdiplomatie, die sich auf den Mythos über den amerikanischen Monopolbesitz an der Atombombe gestützt hatte, um die Überzeugung zu gewinnen, daß sich das Kräfteverhältnis auf der internationalen Arena mehr und mehr zugunsten des im Kampf gegen die Kriegsbrandstifter aus dem englisch-amerikanischen Block stehenden Friedenslagers verschiebt.

Die Zeiten, da das den Volksmassen naturgemäß innewohnende Streben nach Frieden ein schöner aber zerbrechlicher Traum war, den die Imperialisten jederzeit nach ihrem Gutdünken zerstören konnten, sind für immer der Vergangenheit anheimgefallen. Heutzutage kommen die Friedens-



bestrebungen der Völker in der Außenpolitik des großen sozialistischen Sowjetstaates, in der Außenpolitik der Länder der Volksdemokratie zum Ausdruck. Das verleiht der Stimme der Friedensanhänger besondere Stärke und Wichtigkeit. Das verleiht der Friedensbewegung den Rückhalt einer so mächtigen staatlichen Unterstützung, wie sie sie niemals zuvor besessen hat oder besitzen konnte.

Kurz vor dem Internationalen Friedenstag erklangen von der Tribüne der UNO-Vollversammlung die neuen historischen Anträge der Sowjetregierung; sie betreffen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um den Völkern dauerhaften Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Die Sowjetunion beantragte, die in einer Reihe von Ländern, insbesondere in den USA und Großbritannien, betriebene Vorbereitung zu einem neuen Krieg zu verurteilen, die Anwendung der Atomwaffe und anderer Mittel zur Massenvernichtung von Menschen als dem Gewissen und der Ehre der Völker widersprechend zu erachten, auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung in den internationalen Beziehungen Verzicht zu leisten, sowie die Bemühungen der fünf Mächte, die die Hauptverantwortung für Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit tragen, durch Abschluß eines Pakts dieser Mächte zur Festigung des Friedens zu vereinen.

Die aufrichtigen und klaren Vorschläge der Sowjetregierung stießen auf den offenen oder verhüllten Widerstand der imperialistischen Politiker, für die nur so aggressive Pakte wie der Nordatlantische Vertrag annehmbar sind. Dagegen fand die Initiative der Sowjetunion bei den Volksmassen begeisterte Unterstützung und Billigung. Mit vollem Recht kann gesagt werden, daß das von der Sowjetdelegation auf der Vollversammlung dargelegte Programm zur Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit in allen Ländern zum Programm des Kampfes für den Frieden geworden ist.

Es ist nicht das erstemal, daß die friedliebenden sowjetischen Vorschläge zum Banner der Vorkämpfer des Friedens auf dem ganzen Erdball werden. Die Sache ist die, daß diese Vorschläge in vollem Maße den sehnsüchtigen Hoffnungen und Bedürfnissen von Millionen Menschen entsprechen, wo immer diese Menschen auch leben, welcher Flagge sie auch immer ihre Achtung bezeugen mögen. Aus der Erfahrung dreier Jahrzehnte haben die Völker sich mit eigenen Augen davon überzeugt, daß sie fest auf die Friedensliebe der Sowjetunion, auf ihre treue Hingabe an die Sache der Demokratie und der allgemeinen Sicherheit bauen können.

Höchst kennzeichnend ist in dieser Hinsicht die Reaktion, die die Mitteilung der TASS vom

25. September in der ganzen Welt hervorrief. Überall wurde sie von den Volksmassen mit größter Genugtuung und Freude aufgenommen. Den Menschen, die von den Imperialisten vier Jahre lang mit dem angeblichen USA-Monopol an der Atombombe geschreckt worden waren, fiel beim Gedanken daran, daß dieser Mythos verschwunden, daß er wie Rauch verweht ist, tatsächlich ein Stein vom Herzen.

Der Widerhall, den die Mitteilung der TASS hatte, zeigt überzeugend, wie erfolglos die Versuche der imperialistischen Propaganda waren, die Völker zu betrügen, ihnen Mißtrauen gegen die Sowjetunion einzupflanzen, die Sowjetunion im Widerspruch zur Wahrheit als aggressiven Staat hinzustellen.

Die Atombombe ist in den Händen des amerikanischen Imperialismus eine ständige Bedrohung des Friedens, ein Mittel zur Einschüchterung von Leuten mit schwachen Nerven, ein Werkzeug gewissenloser Erpressung. Die Erfolge der Sowjetunion auf dem Gebiet der Meisterung der Atomenergie haben der Menschheit dagegen Hoffnung auf eine bessere Zukunft eingeflößt, haben ihre neue Überzeugung verliehen, daß es gelingen wird, den Krieg zu verhüten. Es ist charakteristisch, daß dies, wenn auch mit Ach und Krach, selbst solchen reaktionären Presseorganen zu Bewußtsein kommt wie dem englischen „Spectator“, einer Wochenschrift der Diehards, in der es dieser Tage hieß, die Meisterung der Atombombe durch Rußland könne, „wie paradox dies auch erscheinen mag, mehr auf den Frieden als auf den Krieg hinwirken“, denn „in den USA selber wird die kleine Minderheit provokatorischer Schreihälse, die alles Russische kritisieren, möglicherweise von der Vorstellung ernüchtert werden, was ein Krieg zwischen den Großmächten bedeuten würde“. Derartige Erwägungen in den Spalten einer konservativen Wochenschrift sind zweifellos ein Zeichen der Zeit.

Die Völker werden den skandalösen Zusammenbruch der Prophezeiungen bürgerlicher Politiker, die Sowjetunion könne die Erzeugung von Atomwaffen keineswegs vor 1952 in Angriff nehmen, gebührend einzuschätzen wissen. Die ganze Welt kann sich noch einmal davon überzeugen, wie falsch und voreilig die Berechnungen der Imperialisten in bezug auf die Sowjetunion sind. Die Weltöffentlichkeit ist tief beeindruckt von der Tatsache, daß die Sowjetunion, obwohl sie seit 1947 im Besitz des Geheimnisses der Atomwaffe ist und über diese Waffe verfügt, im Laufe dieser ganzen Jahre konsequent das Verbot der Atombombe anstrebte und auch jetzt fortfährt, auf diesem Standpunkt zu verharren. Bedarf es eines besseren Beweises dafür, daß der Sowjetunion Gewaltpolitik fremd ist? Bedarf es eines besseren



Beweises für die Hochherzigkeit und Aufrichtigkeit der Motive der Sowjetregierung, die die Sache des Weltfriedens verteidigt?

Selbstverständlich sind die Imperialisten ja gerade deswegen Imperialisten, weil sie ihre egoistischen, volksfeindlichen Eroberungspläne über alles andere stellen. Die Kriegstreiber mißachten nach wie vor sowohl die alten als auch die neuesten Lehren der Geschichte. Sie verfolgen ihren aggressiven Kurs immer weiter, indem sie die internationale Zusammenarbeit untergraben, die UNO

unterminieren, die Kriegspsychose anfachen, die fieberhafte Aufrüstung beschleunigen.

Es bedarf der verzehnfachten Wachsamkeit der Völker, um die Verwirklichung der verbrecherischen Absichten der Imperialisten zu verhindern. Der Internationale Friedenstag war eine mächtige Demonstration gegen die Kriegsbrandstifter. Die Millionen einfacher Menschen, denen ihre Kraft noch klarer bewußt geworden ist, sind von Entschlossenheit erfüllt, den Kampf für den Frieden bis zum siegreichen Ende zu führen.

## Zur Schaffung der Volksrepublik China

A. PEREWERTAILO

**D**IE BESCHLÜSSE der Politischen Konsultativen Volkskonferenz, die vom 21.—30. September in der alten Hauptstadt Chinas, in Peking (Peiping) abgehalten wurde, sind ein wichtiger historischer Markstein in der Geschichte des großen chinesischen Volkes.

Die Konferenz hat feierlich die Volksrepublik China ausgerufen. Im Einklang mit den Prinzipien der neuen Demokratie, der Volksdemokratie, hat die Konferenz das allgemeine Programm und das Statut des Politischen Konsultativen Volksrats ausgearbeitet und bestätigt, ebenso das Statut der Zentralen Volksregierung. Die Konferenz wählte das Nationalkomitee des Politischen Konsultativen Volksrats und den Rat der Zentralen Volksregierung, der mit den Befugnissen der Staatsgewalt ausgestattet ist. Zum Vorsitzenden der Zentralregierung wurde einstimmig der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, der Führer des chinesischen Volkes, Maotsetung, gewählt. Die Konferenz bestimmte Peiping zur Hauptstadt der Volksrepublik China, diese Stadt erhält wieder ihren alten Namen — Peking. Die Nationalflagge und die provisorische Nationalhymne der Republik wurden ebenfalls bestätigt.

Das von der Konferenz beschlossene allgemeine Programm des Politischen Konsultativen Volksrats legt den Charakter der Staatsordnung der Volksrepublik China, die Prinzipien der Organisation der Staatsgewalt und des militärischen Systems im Lande sowie die Wirtschafts-, Kultur-, Nationalitäten- und Außenpolitik der Republik fest. Der erste Artikel des Programms lautet:

„Die Volksrepublik China ist ein Staat der neuen Demokratie oder der Volksdemokratie. Die Republik übt die Diktatur der Volksdemokratie aus, die von der

Arbeiterklasse geführt wird, auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht und alle demokratischen Klassen sowie alle nationalen Minderheiten Chinas vereint.“

Die Staatsgewalt, so besagt das allgemeine Programm des Rats, gehört dem Volke. Das Volk wird seine Macht durch Volksversammlungen ausüben, die in allgemeiner Abstimmung gewählt werden. Dem Volk werden alle demokratischen Freiheiten und Rechte gewährt: Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse und der Versammlungen, Koalitionsfreiheit, Freiheit der Persönlichkeit, Freizügigkeit, Konfessionsfreiheit, Freiheit der Umzüge und Demonstrationen sowie das Briefgeheimnis. Der Frau sind auf allen Lebensgebieten dieselben Rechte gewährt wie dem Mann. Gleichheit und Gleichberechtigung aller Nationalitäten sind proklamiert worden.

Im Einklang mit dem Programm werden alle Privilegien der imperialistischen Länder in China annulliert. Die Wirtschaft des Landes wird in Richtung der Schaffung eines industriellen, prosperierenden, mächtigen und unabhängigen Chinas entwickelt werden. Als Grundsätze der Außenpolitik wurden proklamiert: die Verteidigung der Unabhängigkeit, Freiheit, Integrität und Souveränität des Landes, Unterstützung eines dauerhaften Weltfriedens und freundschaftlicher Zusammenarbeit der Völker aller Länder sowie der Kampf gegen die imperialistische Politik der Aggression und des Krieges. Das Programm sieht vor, daß diplomatische Beziehungen und Handelsbeziehungen zu ausländischen Staaten auf Grundlage der Gleichberechtigung, des beiderseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aufgenommen werden.



Am 1. Oktober schritt der Rat der Zentralen Volksregierung in Peking zur Ausübung seiner Funktionen. Er verkündete die Bildung der Zentralen Volksregierung Chinas und nahm das allgemeine Programm des Politischen Konsultativen Volksrats als sein Programm an. Zum Vorsitzenden des Staatlichen Verwaltungsrats und Außenminister wurde Tschuenlai, zum Vorsitzenden des Volksrevolutionären Kriegsrats Maotsetung ernannt.

Die von der Zentralen Volksregierung veröffentlichte Deklaration verkündet, daß diese Regierung die einzige rechtmäßige Regierung ist, die das ganze Volk Chinas vertritt. Die Regierung gab ihre Bereitschaft kund, diplomatische Beziehungen zu ausländischen Staaten aufzunehmen. Am 2. Oktober beschloß die Regierung der Sowjetunion, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China herzustellen und Botschafter auszutauschen.

Die Agentur Hsinhua teilt mit, die Zentrale Volksregierung werde in Kürze eine Erklärung an die Vollversammlung der UNO richten, in der sie die Schaffung der Volksrepublik China bekanntgeben und darauf hinweisen wird, daß nur sie das Recht hat, das chinesische Volk zu vertreten, während die Abgesandten des reaktionären Kanton-Formosa-Blocks kein Recht dazu haben. Die fortschrittliche Öffentlichkeit Chinas verurteilt und brandmarkt den schmutzigen Versuch der Tschiangkaischek-Clique, die Vollversammlung zur Verleumdung des chinesischen Volks und der Sowjetunion, des Freundes Chinas, auszunutzen. In der Mitteilung der Agentur Hsinhua heißt es, das chinesische Volk werde dies nicht dulden und verlange, daß die Vollversammlung dem verbrecherischen Treiben der Vertreter der Kuomintangbande ein Ende bereite und ihnen das Recht auf Vertretung in der UNO aberkenne.

\* \* \*

Die Politische Konsultative Volkskonferenz Chinas unterscheidet sich grundlegend von dem früheren politischen Konsultativrat nicht nur durch ihre Ziele und ihre Aufgaben, sondern auch durch die Zusammensetzung ihrer Teilnehmer. Weitgehend vertreten waren auf dieser Konferenz sämtliche demokratische Parteien und Gruppen Chinas, die Organisationen seines Volkes, die Volksbefreiungsarmee, die verschiedenen Landesteile und Volksgruppen sowie die Organisationen der im Ausland lebenden chinesischen Staatsbürger. Hier war tatsächlich das gesamte viele Millionen zählende chinesische Volk vertreten. Darum hat die Konferenz mit vollem Recht die Vollmachten und Funktionen einer Nationalversammlung ausgeübt.

Die Arbeit der Konferenz hat dargetan, daß das chinesische Volk entschieden gewillt ist, seinen Sieg über den Imperialismus und die Kuomintangreaktion, den es unter der Führung der Kommunistischen Partei erfochten hat, zu vollenden. Die Entwürfe zu einem allgemeinen Programm und zu den Organisationsstatuten des Konsultativen Volksrates und der Zentralregierung sind von allen Delegierten der Konferenz, die sämtliche Volksschichten vertreten, einmütig und begeistert gutgeheißen worden.

Die Beschlüsse der Politischen Konsultativen Volkskonferenz Chinas haben nicht nur einen mächtigen Aufschwung unter den Volksmassen Chinas selbst hervorgerufen, sondern auch lebhaftesten Widerhall in der ganzen Welt gefunden. An die Adresse der Konferenz sowie auch des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas liefen zahlreiche Glückwünsche und Begrüßungen von demokratischen Parteien und Organisationen aller Länder ein. In diesen Botschaften wird die Größe des Sieges unterstrichen, den das chinesische Volk erfochten hat, und auch die Solidarität und die Bereitschaft ausgedrückt, ihm jeden Beistand zu gewähren. Maotsetung hatte allen Grund, in seiner Eröffnungsrede auf der Konferenz zu erklären:

„Unsere Revolution hat bei den Völkern der ganzen Welt die Sympathien und die Anerkennung der breiten Massen gefunden, und wir haben Freunde in allen Erdteilen.“

Im Feuer der historischen Schlachten des Befreiungskrieges ist das neue, freie und unabhängige China zur Welt gekommen. Das chinesische Volk hat unter Führung der Kommunistischen Partei die volksdemokratische Ordnung errichtet. Um die Kommunistische Partei hat sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Landes geschart: Arbeiter, Bauern, Handwerker wie auch die fortschrittlichen Elemente der Intelligenz und der nationalen Bourgeoisie. Die Schaffung der neuen Ordnung in China stützt sich innerhalb des Landes auf den Beistand des ganzen Volkes, auf der internationalen Arena findet sie Unterstützung beim gesamten demokratischen, ant imperialistischen Lager.

Die Schaffung der Volksrepublik China ist ein Ereignis von höchster internationaler Bedeutung. Der Befreiungskrieg des chinesischen Volkes ist in die Phase seiner Vollendung eingetreten. Die Volksbefreiungsarmee steht vor dem vollen und endgültigen Sieg über die Kräfte des Imperialismus und der Kuomintangreaktion. Im Laufe des letzten Jahres ist die Befreiung der Mandschurei vollendet, sind Nord- und Zentralchina, die Nordwestprovinzen und ein bedeutender Teil von Südchina befreit worden. Am 25. September hat die



Provinzial-Kuomintangregierung von Hsinking ihren Übertritt auf die Seite der Politischen Konsultativen Volkskonferenz erklärt. Die Hauptkräfte der Volksbefreiungsarmee nähern sich Kanton, von wo die Regierungsbehörden evakuiert werden, die Würdenträger der Kuomintang und die reichen Leute flüchten.

Die Kuomintangregierung ist auf der Suche nach einer neuen Unterkunft. Nach Informationen der Presse kann ihre neue Residenz auch außerhalb des Landes zu liegen kommen, denn das in ihrer Gewalt verbliebene Landesgebiet wird infolge der weiteren Offensive der Volksbefreiungsarmee, auch infolge des um sich greifenden Partisanenkampfes und der Aufstände unter den Kuomintangtruppen selbst, immer kleiner. Sogar in den zwei, drei Südwestprovinzen, die einstweilen noch als unter Kontrolle der Kuomintangregierung stehend gelten, sinkt ihre reale Macht und ihr Einfluß in katastrophalem Tempo.

Vorausmarschierende Verbände der Volksbefreiungsarmee sind schon in die Provinz Kwangtung im Süden eingedrungen; im Westen stehen sie an den Grenzen von Szetschuan; im Nordwesten haben sie einen bedeutenden Teil der Provinzen Kansu und Tsinghai besetzt und sind in weiterem Vormarsch begriffen, die zurückweichenden Kuomintangtruppen verfolgend und schlagend.

Von der einst riesenhaften Kuomintangarmee, die beinahe 4,5 Millionen Mann zählte, sind gegenwärtig nicht viel mehr als 1 Million übrig, während die Volksbefreiungsarmee von 1,2 Millionen Soldaten und Offizieren zu Beginn des Bürgerkriegs auf 4 Millionen gewachsen ist und vollkommene Überlegenheit über die Streitkräfte der chinesischen Reaktion gewonnen hat. Der Endsieg der Volksbefreiungsarmee über die Kräfte der Reaktion ist nur eine Frage der Zeit, und einer gar nicht fern liegenden Zeit.

Mehr als zwanzig Jahre hat die Kuomintangclique das chinesische Volk gewürgt, wobei sie sich auf die Hilfe ausländischer Imperialisten stützte. Der Sieg der Volksbefreiungsarmee setzt der Herrschaft der chinesischen Reaktion ein Ende und hebt auch die Macht der ausländischen, vor allem der amerikanischen Imperialisten über das Land auf. Die Ereignisse in China zeigen in der Tat, daß der entschlossene Kampf der kolonialen und abhängigen Völker, die sich auf die Sympathie und Unterstützung der Kräfte des von der Sowjetunion geführten demokratischen Weltlagers stützen, jener einzige Weg ist, der zur Eroberung der nationalen Unabhängigkeit, zum Triumph der Demokratie führt. Ein Unterpfand des Erfolgs in diesem Kampf ist die Führung durch die Kommunistische Partei und die Arbeiter-

klasse, das enge Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft und die Einheit aller demokratischen Kräfte.

Die Führer des Freiheitskampfes des chinesischen Volkes haben zu wiederholten Malen hervorgehoben, der Sieg in diesem Kampfe wäre undenkbar gewesen ohne die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland, ohne das Bestehen des großen Landes des Sozialismus, ohne den Sieg der Sowjetunion über das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan und endlich ohne die Existenz des demokratischen Weltlagers, das von der Sowjetunion geführt wird, ohne das ununterbrochene Wachstum der Kräfte dieses Lagers, ohne seine großen Erfolge auf der internationalen Arena.

Maotsetung schrieb in seinem Artikel „Über die Diktatur der Volksdemokratie“:

„Wenn die Sowjetunion nicht bestünde, wenn nicht der Sieg im antifaschistischen zweiten Weltkrieg gewesen wäre, wenn — was für uns besonders wichtig ist — der japanische Imperialismus nicht zerschmettert worden wäre, wenn in Europa nicht die Länder der neuen Demokratie erschienen wären, wenn nicht der zunehmende Kampf der unterdrückten Ostvölker wäre, wenn nicht der gegen die regierenden reaktionären Cliquen gerichtete Kampf der Volksmassen in den Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan und anderen kapitalistischen Ländern wäre, — wenn alle diese Faktoren nicht bestünden, so wäre der Druck der internationalen reaktionären Kräfte natürlich viel stärker als gegenwärtig. Hätten wir unter solchen Umständen den Sieg erringen können? Natürlich nicht.“

Nach der Zerschmetterung der faschistischen Aggressoren durch die Sowjetunion und dem Übergang einer Reihe von Ländern des südlichen und zentralen Europa auf die Bahn der Volksdemokratie ist der Sieg des chinesischen Volkes das bedeutsamste Ereignis der Nachkriegszeit. In die Reihen der vom Joch des Imperialismus befreiten Völker gliedert sich das viele Millionen zählende chinesische Volk ein, das seiner Zahl nach (475 Millionen) mehr als ein Drittel der gesamten Kolonialwelt und fast ein Viertel der gesamten Bevölkerung des Erdballs darstellt. Der Sieg des chinesischen Volkes bezeichnet den Beginn einer neuen Etappe im Befreiungskampf der kolonialen und abhängigen Länder gegen die Reaktion und den Imperialismus, den Beginn seines Kampfes unter dem Banner der Volksdemokratie.

Zerstört sind die Pläne der amerikanischen Imperialisten, die China in eine Kolonie und ein militärisch-strategisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und gegen die um Freiheit und Unabhängigkeit ringenden Völker des Ostens zu verwandeln gedachten.

\* \* \*



Die kapitalistische Presse Europas und Amerikas verschwieg die Arbeit der Politischen Konsultativen Volkskonferenz Chinas in Peking. Sie suchte vor der öffentlichen Meinung die für die Imperialisten unangenehme Tatsache zu verhehlen, daß die Schaffung des neuen Regimes in China Sache der breitesten Volksmassen ist. Die Betrüger aus den bürgerlichen Zeitungen murmelten etwas von „Herrschaft des Chaos“ in China.

Indes ist die Niederlage der Kuomintangreaktion und das Scheitern der räuberischen Pläne des amerikanischen Imperialismus in China nunmehr eine Tatsache, die auch für die Feinde der Demokratie und des Sozialismus offenkundig ist. Die Hofpresse des Dollars bejammert diese unbestreitbare und offenkundige Tatsache. Die Zeitung „Journal of Commerce“ erklärt beispielsweise ohne Umschweife, daß die amerikanische Politik im Fernen Osten „bankrott gegangen“ ist und „mit einem augenscheinlichen Mißerfolg“ geendet hat.

Der Zusammenbruch der amerikanischen Pläne in China hat auf seiten jener imperialistischen Kreise, die gehofft hatten, China einzustecken, eine scharfe Kritik an der Politik der USA-Regierung hervorgerufen. Mehr als sechs Milliarden amerikanische Dollar, die der Clique Tschiangkaischeks zugeschanzt worden sind, erscheinen nun aus dem Fenster geworfen. Das bringt die Magnaten der Wall Street zur Raserei.

Schon das im August 1949 veröffentlichte „Weißbuch“ über die amerikanische Politik in China enthielt einen Versuch des Staatsdepartements der USA, einzig die Unfähigkeit der von Tschiangkaischek geführten Kuomintangclique, die nicht imstande gewesen wäre, die amerikanische „Hilfe“ effektiv auszuwerten, für das Scheitern der USA-Pläne in China verantwortlich zu machen. Das „Weißbuch“ hatte den Zweck, der Öffentlichkeit entgegen den allbekannten Tatsachen weiszumachen, die USA-Regierung hätte keine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas verfolgt. Das „Weißbuch“ hatte zugleich die Bestimmung, unter den Amerikanern — und nicht nur unter ihnen — falschen Alarm zu schlagen, ihnen einzureden, der Sieg der volksdemokratischen Kräfte in China bedrohe die USA und andere Länder „mit einer kommunistischen Aggression“.

So verfolgten die Autoren des „Weißbuches“ mit seiner Veröffentlichung zumindest zwei Hauptziele: auf irgendeine Art den Bankrott ihrer Politik zu rechtfertigen und den reaktionären Kurs gegenüber dem neuen, demokratischen China zu begründen, der allerlei Formen des Druckes, der Nötigung, ja sogar der Intervention gegen das chinesische Volk ins Auge faßt.

Staatssekretär Acheson mußte in seinem Begleitschreiben zum „Weißbuch“ die Niederlage der amerikanischen Politik in China zugeben, er empfahl, sich mit dieser Tatsache abzufinden — abzufinden, aber nicht die Waffen zu strecken. Acheson schlug im wesentlichen dieselbe Handlungsweise vor, wie sie die amerikanische Diplomatie und Spionage in den europäischen Ländern der Volksdemokratie anzuwenden sucht: die Methode der Sprengung von innen. Die amerikanischen Imperialisten äußerten durch seinen Mund ihre Hoffnung, daß die Überreste der grundherrlich-feudalen und der bürgerlichen Reaktion imstande sein würden, die demokratische Entwicklung Chinas zu hemmen und den Boden für die Vernichtung der volksdemokratischen Ordnung vorzubereiten. Acheson sagt:

„Ich glaube, wir müssen jede Entwicklung der Ereignisse in China fördern, die gegenwärtig oder künftig zur Erreichung dieses Zieles beitragen wird.“

Natürlich hat der Staatssekretär die Pläne des amerikanischen Imperialismus nicht voll und ganz aufgedeckt. Aber andere amerikanische Politiker, die nicht durch diplomatische Gepflogenheiten behindert sind, Militaristen, reaktionäre Senatoren und die Presse der Monopole haben das für ihn getan. Sie verlangen „energisches Vorgehen“ in China. Die „New York Herald Tribune“ beispielsweise forderte, Truman solle durch eine Erklärung die allgemeine Überzeugung widerlegen, daß der Endsieg der Volksbefreiungsarmee unvermeidlich sei. Die Zeitung schrieb:

„Die jüngsten Ereignisse in China können dort neue Aktionen erforderlich machen, möglichenfalls nur zu dem Zweck, um den Vormarsch der Roten zu verzögern, möglichenfalls auch zur Erreichung bedeutenderer Ziele.“

Zahlreiche Meldungen der amerikanischen und der englischen Presse bestätigen die Tatsache, daß man in den regierenden Kreisen der USA und Großbritanniens alle möglichen Pläne einer aktiven Einmischung in die Angelegenheiten Chinas ausheckt. In der regierenden Oberschicht der USA und Großbritanniens gibt es nicht wenige einflußreiche Anhänger einer Fortsetzung jener gescheiterten Politik der offenen militärischen Hilfe für die Kuomintangclique. Daneben gibt es auch andere Vorschläge, die von der ohnmächtigen Wut der Imperialisten diktiert sind: da wird die wirtschaftliche Blockade des demokratischen China beantragt, die Schaffung eines „Pufferstaates“ im Südosten, die Befestigung Formosas und der Insel Hainan. Endlich existiert auch ein weitgehender Plan zur Schaffung eines „Verteidigungsgürtels“ von Japan bis Indien in Form eines pazifischen oder sonstigen „antikommunistischen“ Paktes. Ein Herold der amerikanischen



Imperialisten, Drew Pearson, bezieht sich auf die Meinungsverschiedenheiten in den Regierungskreisen der USA über die Frage der weiteren Chinapolitik und legt den genannten Plan in den Spalten des „Daily Mirror“ folgendermaßen dar:

„Die vereinigte Gruppe der Stabschefs empfiehlt, das Rote China durch einen Verteidigungsgürtel einzukreisen, der aus Japan, Formosa, der Kette der Philippinen, ebenso auch Siam, Birma, Indien und einem kleinen Teil Südeinas, wo Tschiangkaischek sich bis zum äußersten verteidigen wird, gebildet würde. General MacArthur hat telegraphisch zugesagt, dieser allgemeinen Idee seine entschiedene Unterstützung zu gewähren.“

Auf der Fortsetzung der Hilfeleistungen an die Kuomintangleute und auf der Schaffung einer „einheitlichen antikommunistischen Front“ in Südostasien besteht eine einflußreiche Gruppe von Senatoren: Vandenberg, Taft, Brewster, Knowland, Bridges, Smith, Connally und andere. Diesen Plan unterstützen imperialistische Kreise Englands und anderer Kolonialmächte, die machtlos der wachsenden nationalen Freiheitsbewegung in den Kolonien gegenüberstehen.

Angesichts der Niederlagen der Kuomintangtruppen unternehmen die englisch-amerikanischen Imperialisten schon Schritte zur Verwirklichung ihres Plans. Tschiangkaischek und der Marionettenpräsident der Philippinen, Quirino, haben die bevorstehende Schaffung einer „antikommunistischen Union“ der Länder Südostasiens angekündigt, selbstverständlich unter Teilnahme der USA und anderer „westlicher“ Mächte.

Wie kürzlich die australische Zeitung „Sunday Herald“ berichtete, wird erwartet, daß der pazifische Pakt unter Teilnahme der USA, Großbritanniens, Hollands, Australiens, Neuseelands, Indiens, Pakistans, Ceylons, Birmas, Siams, der Philippinen und Südkoreas noch vor Jahresschluß zustande kommen soll. Eine der Hauptschwierigkeiten, so klagt die Zeitung, sei „die schwere Lage Tschiangkaischeks“.

Alle diese Tatsachen bestätigen die Aktualität und Richtigkeit der Erklärung Maotsetungs, die Imperialisten würden trachten, alle Mittel zum Kampf gegen das chinesische Volk anzuwenden, und selbst die Möglichkeit so abenteuerlicher Schritte wie die Entsendung von Streitkräften zur Invasion in China wäre nicht ausgeschlossen.

Die Entwicklung der Ereignisse und die in China entstandene Situation, wie auch das Kräfteverhältnis zwischen Demokratie und Reaktion auf der internationalen Arena bieten die Gewähr, daß die abenteuerlichen Pläne der Imperialisten und Kriegstreiber zum Scheitern verurteilt sind. Die amerikanischen Imperialisten haben China verloren, denn die Volksbefreiungsarmee hat sie gezwungen, das Land zu verlassen. Sie fanden sich

genötigt, ihre Truppen aus den befreiten Gebieten abzutransportieren, wobei sie zahlreiche militärische Stützpunkte und in der Nachkriegszeit als monopolistische Domäne besetzte Wirtschaftspositionen verloren. Sehr bedeutungsvoll ist der Wirrwarr, der in den Reihen der regierenden Kreise der USA in bezug auf die Chinapolitik beobachtet wird: der Streit zwischen der Gruppe der „Vorsichtigen“, die aus der erhaltenen Lektion gelernt haben, und den wütendsten Imperialisten, die bereit sind, va banque zu spielen.

Die Schwäche des imperialistischen Lagers kommt in den sich zuspitzenden englisch-amerikanischen Gegensätzen zum Ausdruck, darunter auch in der chinesischen Frage. Das Problem der Beziehungen zur demokratischen Volksregierung Chinas wird lebhaft zwischen Washington und London debattiert. Die Londoner Zeitung „Daily Telegraph and Morning Post“ weist auf die „schroffen Meinungsverschiedenheiten zur Frage der Chinapolitik zwischen England und den Vereinigten Staaten“ hin.

Wie der diplomatische Beobachter der Reuteragentur meldet, trete man in gewissen Londoner Kreisen dafür ein, „einen offen realistischen Blick auf die Lage in China“ zu richten, und sei geneigt, unverzüglich die Volksregierung anzuerkennen, die ja bereits den größten Teil des chinesischen Gebiets kontrolliert. Eine solche Haltung erklärt sich vor allem aus dem Interesse Großbritanniens an Handelsbeziehungen mit China.

Nach Mitteilung der Associated Press vom 23. September wird in diplomatischen Kreisen Washingtons darauf hingewiesen, daß die USA und England

„in bezug auf die Volksregierung Chinas die gleiche Politik befolgen werden, die sie gegenwärtig in bezug auf die osteuropäischen Länder durchführen“,

womit die Politik der Wirtschaftsblockade gemeint ist.

Die „New York Herald Tribune“ teilt jedoch mit, daß Bevin in Fragen der Wirtschaftspolitik gegenüber China mit Acheson kein Einvernehmen erzielt habe, da das Staatsdepartement danach strebt, „Vollmacht zum Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen China und dem Westen“ zu erhalten.

Unter dem Schein der Ausarbeitung einer „vereinbarten Politik“ will Washington, wie jedesmal, dem schwächeren Partner den eigenen Kurs aufzwingen.

Man muß in Rechnung stellen, daß die jüngsten Pläne einer Hilfeleistung an die Kuomintangleute in erster Linie infolge des völligen Bankrotts des reaktionären Lagers in China nicht real sind. Die Kuomintang hat alle wichtigsten militärisch-



strategischen und ökonomischen Positionen im Lande verloren. Sie verliert die Überreste ihrer Streitkräfte und geht rasch ihrem endgültigen Zusammenbruch entgegen.

Andrerseits hat für die Festigung der historischen Siege des chinesischen Volkes höchste Bedeutung der Freiheitskampf in den Kolonien und abhängigen Ländern, der das koloniale Hinterland des Imperialismus untergräbt und die Pläne zur Schaffung einer „antikommunistischen Union“ erschüttert, die gegen China und andere Länder gerichtet wäre.

Die Kräftigung und Festigung des gesamten, von der Sowjetunion geführten demokratischen Weltlagers bieten dem chinesischen Volk die Sicherheit, daß die Absichten der Imperialisten keine Verwirklichung erfahren werden. Die englisch-amerikanischen Imperialisten trachten zwischen China und die Kräfte der Demokratie einen Keil zu treiben, den Chauvinismus und bürgerlichen Nationalismus im chinesischen Volke zu erwecken und es vom antiimperialistischen Lager, das von der Sowjetunion geführt wird, loszureißen. Aber die Hoffnungen auf Erfolg derartiger Versuche entbehren jeder Grundlage. In der obenerwähnten Eröffnungsrede auf der Konsultativen Volkskonferenz erklärte Maotsetung unter stürmischem Beifall aller Delegierten:

„Unser Staatssystem der volksdemokratischen Diktatur ist eine mächtige Waffe zur Verteidigung der Früchte unserer Volksrevolution und unseres Kampfes gegen die Verschwörungen äußerer und innerer Feinde... Und wir müssen diese Waffe

fest in Händen halten. Was die internationalen Beziehungen anbelangt, müssen wir uns mit allen friedliebenden und freiheitliebenden Ländern und Völkern vereinigen, in erster Linie mit der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie, um im Kampfe für die Erhaltung der Früchte des Sieges unserer Volksrevolution nicht allein zu stehen und den inneren und äußeren Feinden standhalten zu können, die versuchen werden, die alte Ordnung wiederaufzurichten. Wenn wir an der volksdemokratischen Diktatur und an der Einheit mit unseren internationalen Freunden festhalten, dann werden wir immer Sieger bleiben.“

Die Erklärung Maotsetungs drückt die Interessen, den Willen und das Streben des chinesischen Volkes aus. Im Artikel 11 des allgemeinen Programms des Politischen Konsultativen Volksrats Chinas heißt es:

„Die Volksrepublik China schließt sich allen fried- und freiheitsliebenden Völkern und Ländern in der ganzen Welt an, vor allem der Sowjetunion und allen Ländern der Volksdemokratie sowie allen unterdrückten Nationen, sie steht im Lager des Weltfriedens und der Demokratie, um gemeinsam gegen die imperialistische Aggression zu kämpfen und den dauerhaften Weltfrieden zu verteidigen.“

Nach seinem unter Führung der Kommunistischen Partei erfochtenen Sieg über die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus hat das chinesische Volk unerschütterlich eine der wichtigsten Positionen im allgemeinen Kampfe der Völker des Erdballs gegen den Imperialismus und die Kriegsbrandstifter bezogen.



# Komplott gegen die finnische Demokratie

A. KORNILOW

**I**N der finnischen Kleinstadt Kemi, dicht am Polarkreis, steht eine Gruppe von Arbeitern vor Gericht. Sie sind der „Aufwiegelung zum Aufruhr und der Teilnahme an einem solchen“ angeklagt. Es sind einfache Arbeiter, beschäftigt in der Holzflößerei und in einigen Betrieben von Kemi.

Die Presse der finnischen Sozialdemokratie und die rechten Führer dieser Partei machen in den letzten Wochen einen großen Lärm: es liege ein gefährliches Komplott gegen das bestehende Regime vor. Wer diese Lesart aufgebracht hat, läßt sich nur schwer feststellen. Öfter als alle anderen läßt sich der Kriegsverbrecher Tanner über das Komplott vernehmen. Ihm gebührt offensichtlich auch die Palme der Priorität. Aber auch die anderen rechtssozialdemokratischen Politikaster stehen ihm nicht nach. Natürlich sind es die Kommunisten, die von ihnen als Verschwörer verschrien werden, weil sie die Absicht gehabt hätten, einen Generalstreik auszurufen, um die Wirtschaft des Landes zu desorganisieren, Unruhen heraufzubeschwören und die Macht an sich zu reißen. Die sozialdemokratischen Führer wären jedoch so geistesgegenwärtig gewesen, diese tückischen Absichten zu durchkreuzen, die Verschwörung rechtzeitig aufzudecken und den Staat zu retten.

Mit detailliertesten Angaben über die „Verschwörung“ wußte Ministerpräsident Fagerholm aufzuwarten. Wie sich herausstellt, „weiß“ er, daß die Kommunisten den Termin zum Sturz der bestehenden Macht auf den 1. September angesetzt hatten, den Tag, an dem der Landtag nach den Sommerferien wieder zusammentrat. Am 8. September behauptete er in einer Rundfunkrede, an dem genannten Tag hätte, dem Plan der Verschwörer zufolge,

„die Gesellschaft paralytiert, der Landtag in die Knie gezwungen, die Regierung gestürzt und an ihrer Stelle eine neue Regierung gebildet werden sollen, was den Machtantritt der Kommunisten bedeutet hätte“.

In dieser Rede dankte Fagerholm allen Staatsbürgern „für die Ruhe, die sie den revolutionären Betätigungsversuchen der Kommunisten gegenüber an den Tag gelegt haben“.

Bestand oder besteht in Finnland tatsächlich eine Verschwörung gegen die Demokratie? Und wenn ja, wo sind die Verschwörer zu suchen? Um diese Frage zu beantworten, muß man sich den Augustereignissen im Lande zuwenden.

Bekanntlich haben die antidemokratische Politik der herrschenden Kreise und die Verschlechterung der Wirtschaftslage im Lande sowohl in der Stadt als auch im Dorf zu einer Verstärkung der Unzufriedenheit der Werktätigen geführt. Finnland steht an der Schwelle einer schweren Wirtschaftskrise. Kaum traten ihre ersten Symptome an die Oberfläche, so bemühten sich die Kapitalisten, alle Lasten unverzüglich auf die Arbeiter abzuwälzen. Produktionseinschränkungen, Massenentlassungen und Lohnsenkungen setzten ein.

Angesichts der Zuspitzung des Klassenkampfes sind die Kapitalisten bemüht, die rechten Sozialdemokraten am Ruder zu erhalten, die in demagogischer Weise als Arbeiterpartei auftreten. Die rechten Sozialdemokraten sind die Hauptstütze der Bourgeoisie. In der Leitung dieser Partei spielen ehemalige Mitglieder der faschistischen „Waffenbrüderschaft“, Schutzkorpsleute und sonstige chauvinistische Elemente die führende Rolle. Sie sind mit der finnischen Bourgeoisie und mit dem internationalen imperialistischen Lager verwachsen und zu dessen Agentur geworden. Nur die Furcht vor der Arbeiterbewegung hält diese Clique einigermaßen im Zaume.

Diese ehemaligen Schutzkorpsleute, Faschisten, Feinde der Demokratie und der Sowjetunion vom Schlage eines Väinö Leskinen, Aleksii Aaltonen, Unto Varjonen und anderer haben, um den aus dem Gefängnis entlassenen Kriegsverbrecher Tanner geschart, in letzter Zeit ihre provokatorische Politik gegenüber den fortschrittlichen Kräften des Landes bedeutend aktiviert. Von der finnischen und der internationalen Reaktion angespornt, sind die Tannerleute bestrebt, sich bei ihren Gebietern lieb Kind zu machen und die Entwicklung des Landes zu den Vorkriegszuständen und den Vorkriegsabenteuern zurückzuzerren. Sie suchten nur nach einem geeigneten Vorwand, um in Aktion zu treten. Und dieser Vorwand bot sich.

Mitte Juli traten die Arbeiter der Stadt Kemi als Antwort auf eine von den Unternehmern bekanntgegebene Lohnsenkung in den Streik. Sie forderten die Beibehaltung der bisherigen Lohnsätze. Der Streik wurde mit großer Beharrlichkeit geführt, denn seine Teilnehmer wußten genau, daß ihre Forderungen gerecht waren.

Die reaktionären Kreise und die Tannerleute beschlossen, den Streik in Kemi zum Anlaß zu



nehmen, um der finnischen Arbeiterklasse „einen Denkkettel zu geben“ und sie einzuschüchtern.

Eigens, um den Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu organisieren, wurden der rechte Sozialdemokrat Huunonen, Vorsitzender des Zentralverbands der finnischen Gewerkschaften, und Unto Varjonen, ehemaliges Leitungsmitglied einer faschistischen Organisation, dessen Feindseligkeit gegen die Demokratie und die Sowjetunion bekannt ist, in das Kabinett aufgenommen. Varjonen legte bereits in seiner ersten öffentlichen Rede einen Plan zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung dar und erklärte dabei prahlerisch, es sei die Aufgabe der Regierung, den Kommunisten, die an die Spitze des Streiks getreten waren, „eine möglichst vernichtende Niederlage beizubringen“.

Die Sozialdemokraten erklärten vor allem den Streik in Kemi als ungerecht, wodurch sie es den Unternehmern erlaubten, Streikbrecher anzuwerben. Solche fanden sich jedoch in Kemi nicht. Auch Anwerbungsversuche in andern Städten hatten keinen Erfolg. Darauf verlangte der Zentralverband der Gewerkschaften, wo die rechten Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, die Arbeiter Kemis sollten den Streik unverzüglich einstellen. Auch daraus wurde nichts.

Der beharrliche Kampf der Werktätigen von Kemi begeisterte und erhob die Arbeiter anderer Städte zum Kampf für ihre dringlichsten Interessen. In den Streik traten rund 70 000 Bau-, Verkehrs-, Holz-, Lebensmittel-, Hafen- und Metallarbeiter sowie Holzflößer.

Der weite Umfang der Streikbewegung rief im Lager der Reaktion Unruhe hervor. Die Unternehmer forderten entschlossene Maßnahmen. Die reaktionäre Zeitung „Aamulehti“ schrieb am 29. Juli gereizt:

„Alle Versicherungen der Regierung, sie komme mit den Gewerkschaften gut aus und verfüge über deren Unterstützung, haben sich als hohle Prahlerei erwiesen.“

Die amerikanischen Kreise bekundeten großes Interesse an den finnischen Ereignissen. Ihre Zeitungen schrieben, daß der Streik in Finnland das „Kapitol beunruhigt“, und forderten schroffe Maßnahmen. Die finnischen Behörden ergriffen diese schroffen Maßnahmen.

Militärabteilungen und Polizei wurden nach Kemi geschickt. Das friedliche Städtchen wurde in ein Militärlager verwandelt.

Am 11. August verlangte die Regierung Fagerholm, die Streikenden sollten am 15. August wieder an die Arbeit gehen, wobei sie drohte, widrigenfalls rigoros vorgehen zu wollen. Am 15. August wurde das Ultimatum in noch schärferer Form wiederholt. Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse betrieben unterdessen die

zügelloseste Verleumdungskampagne gegen die Streikenden.

Innenminister Aare Simonen gab der Polizei die Weisung, „beliebige Mittel“ gegen die Arbeiter anzuwenden. Was das bedeutet, versteht jeder. Derartige Weisungen werden nur gegeben, wenn auf die Arbeiter geschossen werden soll.

Am 18. August überfielen Polizeiabteilungen ohne jeden Anlaß unbewaffnete Arbeiter, die zu einer Kundgebung zusammengekommen waren. Die Polizisten schleuderten Gasbomben in die Menge, fielen mit Gummiknüppeln über sie her und schossen mit Maschinenpistolen. Zwei Arbeiter wurden getötet und viele verletzt.

Bei dieser blutigen Abrechnung blieb es nicht. Mehrere Tage lang verübten bewaffnete Polizeiabteilungen Überfälle auf Arbeiterwohnungen, nahmen Verhaftungen von Kommunisten vor, prügelten drauflos. In den Räumlichkeiten der Bezirksorganisation der Kommunistischen Partei und der Zweigstelle des Demokratischen Bundes des finnischen Volkes wurden Haussuchungen vorgenommen. Dokumente wurden beschlagnahmt, Besitzgegenstände eingezogen. Über Kemi wurde faktisch der Ausnahmezustand verhängt, Versammlungen und Kundgebungen wurden verboten.

Es ist dies nach dem Krieg das erstmalig, daß sich in Finnland Ereignisse solcher Art abspielten. Sie riefen unter den Werktätigen des ganzen Landes gewaltige Entrüstung hervor. Es begannen Solidaritätskundgebungen. Die Empörung der Arbeiterklasse war so groß, daß die Regierung genötigt war, die Aktiengesellschaft Kemi Osakeyhtiö zu verpflichten, den Beschluß über die Lohnsenkung rückgängig zu machen, so daß der Streik mit einem Sieg der Arbeiter endete. Zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit oder, besser gesagt, zur Ablenkung ihrer Aufmerksamkeit war die sozialdemokratische Regierung genötigt, eine „unparteiische“ Untersuchung der Vorfälle in Kemi anzuordnen. Mit ihr wurden jedoch in der Hauptsache jene Polizeibeamten betraut, die beim blutigen Drama vom 18. August und bei den späteren Ereignissen keine neutrale, sondern eine offensichtlich provokatorische Position bezogen hatten.

Am 28. August erschien eine offizielle Mitteilung über die Untersuchungsergebnisse. In ihr wurde behauptet, nicht die mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizei, die geschossen hatte, habe die unbewaffnete Menge überfallen, sondern bewaffnete Arbeiter hätten unbewaffnete Polizisten angegriffen. Die Verlogenheit dieser Darstellung war so offenkundig, daß sie schon am nächsten Tag von ihren Urhebern selber korrigiert werden mußte. Alle Bemühungen, bei den Arbeitern



irgendwelche Waffen zu entdecken, blieben trotz sorgfältigster Suche ergebnislos. Dabei hatte die bürgerliche Zeitung „Helsingin Sanomat“ schon am 21. August ein Photo gebracht, das im Augenblick des Überfalls auf die Teilnehmer der Kundgebung aufgenommen worden war. Man sieht darauf klar, wie die Polizisten mit Maschinenpistolen und Revolvern auf die Arbeiter zielen.

Die Ereignisse in Kemi zeugen davon, wie tief die finnischen rechten Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse gesunken sind.

Die finnischen regierenden Kreise reden gerne davon, wie sehr sie sich an die „Rechtsordnung“ und das „Gesetz“ halten. Die Ereignisse in Kemi zeigen, was diese „Rechtsordnung“ und diese „Gesetzestreue“ in Wirklichkeit bedeuten. Die Behörden, die verpflichtet sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, um der Bevölkerung die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten, einschließlich Freiheit des Wortes, Freiheit der politischen Ansichten, Versammlungsfreiheit und freie Betätigung der fortschrittlichen öffentlichen Organisationen, zu gewährleisten, haben diese Rechte und Freiheiten größtenteils verletzt.

Die blutige Verfolgung der Arbeiter verleiht der Reaktion neuen Auftrieb. Im ganzen Lande setzen Verfolgungen gegen die Kommunisten und andere demokratische Politiker und Organisationen ein.

Die rechten Sozialdemokraten schlossen mehr als 75 000 organisierte Arbeiter aus dem Zentralverband der Gewerkschaften aus. Unter Verstoß gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses enthaben sie diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die den Streik unterstützt oder mit ihm sympathisiert hatten, ihrer Posten. Um die demokratischen Organisationen und die Gewerkschaften zu zertrümmern, wurde bekanntgegeben, die Unternehmer hätten das gesetzliche Recht, die genannten Organisationen gerichtlich um Ersetzung der Schäden zu belangen, die ihnen, den Unternehmern, durch den Streik erwachsen wären. Die Kapitalisten treffen jetzt Vorbereitungen, um den Arbeiterorganisationen in die Millionen gehende gerichtliche Schadenersatzforderungen zu stellen. Vielen Streikteilnehmern sind die Rechte von Stammarbeitern aberkannt worden. Unter Ausnutzung dieser Regierungsverfügung entlassen die Unternehmer jeden, der ihnen nicht genehm ist, in erster Linie Kommunisten, Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder der Streikkomitees und Vertrauensleute der Arbeiter.

Eine Gruppe von reaktionären Landtagsabgeordneten brachte am 8. September eine Anfrage an die Regierung ein, in der die Anschuldigung erhoben wird, die Kommunisten befaßten sich mit „unverantwortlicher, verbrecherischer Auf-

wiegelei, um das Volk zu unbedachten und ihm selbst feindlichen gewaltsamen Aktionen hinzureißen“, auch „riefen sie die finnische Armee zur Unbotmäßigkeit gegenüber der gesetzmäßigen Regierung auf“. Die Interpellanten fordern von der Regierung, sie möge „derartige unverantwortliche Elemente, die den Bestand des Volkes gefährden, zur Verantwortung ziehen“.

Der Justizminister, der diese Interpellation offensichtlich erwartet hatte, forderte auf der Stelle die gerichtliche Belangung aller Führer der Kommunistischen Partei, unter ihnen des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Aimo Aaltonen, und ihres Generalsekretärs, Pessi. Auch gegen fünf demokratische Zeitungen ist ein Gerichtsverfahren anhängig gemacht worden.

In Kemi nahmen die Repressalien gegen die Arbeiter einen besonders großen Umfang an. Viele Arbeiteraktivisten wurden aufs Pflaster geworfen. Die Stadtbevölkerung wird terrorisiert. Die Verhaftungen von Arbeitern, die im August einsetzten, dauerten den ganzen September hindurch an. Dutzende Arbeiter wurden ins Gefängnis geworfen.

Am 7. September begann in Kemi der Prozeß gegen die verhafteten Arbeiter, die der „Aufwiegelung zu einem Aufruhr und der Teilnahme an einem solchen“ angeklagt sind. Trotz der ganzen Unsinnigkeit dieser Anschuldigung wird der Prozeß in einer Weise geführt, die es ermöglichen soll, die Arbeiter selber als daran schuldig hinzustellen, daß sie beschossen und mißhandelt wurden. Den Verteidigern wurde nicht einmal die Möglichkeit geboten, in die Protokolle der Verhöre Einsicht zu nehmen. Die Untersuchung wurde von den Polizeibeamten geleitet, welche die Schuld an der blutigen Abrechnung trifft. Wie diese Untersuchung betrieben wurde, zeigt folgende Tatsache: zwei Arbeiter — Hiltula und Lukkinen — wurden lediglich deswegen vor Gericht gestellt, weil sie von Polizisten verprügelt worden waren.

Unter Verletzung des Gesetzes erhob das Gericht gegen die Verhafteten keinerlei individuelle Anklagen. Als Zeugen sagten vor Gericht Polizeibeamte, Spitzel und Provokateure aus. Die Verteidigung entlarvte einen gewissen Nortio als Falschzeugen. Im Laufe der Verhandlung stellte sich heraus, daß viele Zeugen es aus Furcht vor Verfolgungen durch die Polizei nicht wagen, wahrheitsgetreu auszusagen. Die Erklärungen des Polizeispitzels und Streikbrechers E. Valkama waren so verworren, daß selbst dem Vorsitzenden Zweifel an Valkamas Zurechnungsfähigkeit aufstiegen, worauf er ihm „zur Prüfung“ die Frage stellte, wieviel 20 plus 15 seien. Valkama konnte sie nicht beantworten.



Doch unter all diesen Umständen bestätigte die Gerichtsverhandlung vom ersten Tage an, daß das Blutbad in Kemi von den Behörden selbst provoziert wurde.

\* \* \*

Die jüngsten Ereignisse in Finnland legten den Plan klar, den die Reaktion durchsetzen will. Er besteht darin, die Arbeiterbewegung zu zerschmettern, die Kommunisten aus den Gewerkschaften zu vertreiben, die finnischen Gewerkschaften zum Bruch mit der Weltföderation der Gewerkschaften zu zwingen. Außerdem sieht dieser Plan die Verhängung gerichtlicher und polizeilicher Repressalien gegen die demokratische Presse und gegen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vor.

Somit liegt tatsächlich ein Komplott gegen die Demokratie in Finnland vor. Aber die Verschwörer sind absolut nicht die Kommunisten, wie Ministerpräsident Fagerholm behauptet, sondern die rechten Sozialdemokraten, die Tannerleute und ihre Gebieter aus den Kreisen der finnischen und der internationalen Reaktion. Sie sind es, die alles unternehmen, was sie nur können, um die Kräfte der Demokratie durch Terrormethoden zu unterdrücken und Finnland wieder in einen Polizeistaat vom Typus des Lappofaschismus zu verwandeln. Unter gröblicher Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes bedienen sie sich der Provokation als politischen Kampfmittels und betreiben im Interesse der Kapitalisten einen Feldzug gegen die Werktätigen. Unter Verletzung

ihrer internationalen Verpflichtungen und unter Mißachtung der Forderungen des Friedensvertrags kommen sie jenen transatlantischen Imperialisten entgegen, die sich mit der Absicht tragen, aus Finnland erneut ein Aufmarschgebiet zu einem Überfall auf die Sowjetunion zu machen.

Die jüngsten Ereignisse in Finnland zeugen jedoch nicht nur von der gesteigerten Frechheit der reaktionären Kreise. Sie zeigen auch das gesteigerte politische Bewußtsein und die zunehmende Aktivität der finnischen Arbeiter, ihre Standhaftigkeit und Geschlossenheit. Sie sprechen vom Wachstum des Ansehens und des Einflusses der Kommunistischen Partei unter den breiten Schichten der Arbeiterklasse.

Eine derartige Massenstreikbewegung hat es in Finnland nie zuvor gegeben. Die Werktätigen Finnlands vereiteln durch ihren Kampf die Pläne der Reaktion.

Im Lichte der letzten Ereignisse treten immer sichtbarer und klarer die zwei Lager hervor, die im jetzigen Finnland einander gegenüberstehen: auf der einen Seite das Lager der Reaktion mit samt den Sozialdemokraten — den Tannerleuten, die sich auf die imperialistischen Brandstifter eines neuen Krieges orientieren —, auf der anderen Seite das Lager der Werktätigen, das Lager der Demokratie, das sich auf die Hilfe aller friedliebenden Völker der Welt stützt. Die Kräfte dieses Lagers sind gewaltig, die Zahl seiner Anhänger wächst tagtäglich. Deswegen sind die Ränke der finnischen Reaktion zum Scheitern verurteilt.

## Internationale Umschau

(Notizen)

### DIE TITOBANDITEN OHNE MASKE

Der am 24. September in Budapest abgeschlossene Prozeß in Sachen des Staatsverbrechers László Rajk und seiner Komplizen hat die Clique der gegenwärtigen Machthaber Jugoslawiens als eine seit langem im Dienste des ausländischen Imperialismus stehende Agentur entlarvt, die ein Werkzeug der Kriegsbrandstifter darstellt.

In der Note der Sowjetregierung an die jugoslawische Regierung vom 28. September werden die notwendigen Schlußfolgerungen aus den Tatsachen gezogen, die durch den Budapest Prozeß aufgedeckt wurden. Diese Tatsachen haben, wie in der Note dargelegt wird, gezeigt, daß

„die jugoslawische Regierung schon längere Zeit hindurch eine zutiefst feindliche Wühlätigkeit gegen die

Sowjetunion betreibt, die heuchlerisch durch verlogene Beteuerungen über ‚Freundschaft‘ mit der Sowjetunion getarnt wird“.

Auf dem Budapest Prozeß wurde restlos erwiesen, daß die gegenwärtige jugoslawische Regierung vollständig vom ausländischen Imperialismus abhängt und in seinem direkten Auftrag handelt. Das mußte unweigerlich zur Liquidierung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der jugoslawischen Republik führen und hat auch tatsächlich dazu geführt. In ihrer Eigenschaft als Werkzeug der aggressiven Politik der ausländischen Imperialisten hat die gegenwärtige jugoslawische Regierung den am 11. April 1945 zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien geschlossenen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit in



Fetzen gerissen und größtenteils in den Staub getreten.

Auf Grund dieser Tatsachen erklärte die Sowjetregierung, daß

„die Sowjetunion sich von nun an als der Verpflichtungen ledig betrachtet, die aus dem erwähnten Vertrag erwachsen“.

Die Regierungen Ungarns, Polens, Bulgariens und Rumäniens unternahmen gleichartige Schritte; sie teilten der jugoslawischen Regierung mit, daß sie, angesichts der heuchlerischen und feindlichen Politik dieser Regierung gegenüber der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, sich nicht mehr durch die seinerzeit mit Jugoslawien geschlossenen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe gebunden erachten.

Schon vorher, am 26. September, richtete die Regierung der Ungarischen Volksrepublik eine Note an die jugoslawische Regierung. Diese enthielt eine ausführliche Charakteristik der auf dem Budapester Prozeß gemachten Enthüllungen über die verbrecherische Wühltätigkeit der Tito-

Ranković-Clique und ihrer nach Ungarn entsandten Agenten gegen das ungarische Volk und seinen demokratischen Staat. Zu der Folgerung gekommen, daß die jugoslawische Gesandtschaft in Budapest als Spionagezentrale fungiert, ihre Mitglieder aber Mörder sind und sich mit der Organisation einer antidemokratischen bewaffneten Verschwörung befassen, beschloß die ungarische Regierung, dieser Lage ein Ende zu bereiten, und wies eine Reihe von Mitgliedern der jugoslawischen Gesandtschaft aus Budapest aus.

Die Sowjetöffentlichkeit macht genau so wie die Öffentlichkeit der volksdemokratischen Länder nach wie vor einen Unterschied zwischen dem heldenhaften jugoslawischen Volk und der heute in Belgrad an der Macht stehenden faschistischen Spionenclique. Wie jetzt unwiderleglich erwiesen ist, übte diese Clique schon während des Krieges Verrat am jugoslawischen Volke, indem sie ausländischen imperialistischen Spionageorganen diente. Die Tito-Ranković-Clique ist nach dem Krieg zu einer Sturmabteilung der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter geworden. Jetzt ist

#### DAS ENDE EINES FORSCHEN REITERSMANNS



Zeichnung von Boris JEFIMOW



diesen Verrätern am jugoslawischen Volk endgültig die Maske vom Gesicht gerissen worden. Das Volk Jugoslawiens wird zweifellos über kurz oder lang die Verbrecher, die in seinem Namen zu handeln vorgeben, strengstens zur Rede stellen.

### DER SPRACHLOSE MONTGOMERY

Feldmarschall Montgomery, der Chef der „übernationalen“ Streitkräfte der Westlichen Union, der sich als „Soldat auf internationalem Posten“ bezeichnet, legt wie der böse Geist durch Europa. Eben erst hat er wieder einmal eine Reise nach Brüssel gemacht, wo er sich mit dem belgischen Minister für Landesverteidigung, Devezé, unterhielt, mit dem englischen Militärattaché konferierte, die Offiziere einer belgischen Militärschule belehrte, daß „der Feind im Osten steht“ — wo er also, kurz gesagt, mehr oder minder sein übliches Programm erfüllte. Die einzige Abweichung von diesem Programm bestand darin, daß der mitteilsame und streitbare Montgomery diesmal keine Reden in der Öffentlichkeit hielt, in denen er zur Aggression und zum Krieg gegen die Demokratie aufgerufen hätte. Über diese außergewöhnliche Zurückhaltung erstaunte Presseleute stellten Montgomery verschiedene Fragen, namentlich wollten sie wissen, was er über die Atombombe denke. Montgomery beantwortete diese Frage mit einem einzigen Satz:

„Heute ist ein herrlicher Tag!“

So fein und witzig gab Feldmarschall Montgomery zu verstehen, daß er zu der angeschnittenen Frage nichts zu sagen habe. Diese rühmliche Zurückhaltung bedarf jedoch gewisser Erläuterungen.

Montgomery hat es nicht zufällig die Sprache verschlagen. Bekanntlich spielte die Atombombe in der kriegshetzerischen Giftpropaganda, deren sich auch Feldmarschall Montgomery mit großem Eifer befleißigte, eine wesentliche Rolle. Fünf Jahre lang fuchtelten die USA-Imperialisten mit dieser Atombombe in der Luft herum und versicherten immer wieder, sie seien im Monopolbesitz dieser furchtbaren Waffe. Abenteurer in Generalsuniformen verhießen Staaten, die sie in ihre aggressiven Blocks einbezogen, einen raschen, leichten und billigen Sieg bei der künftigen Aggression. Sie versprachen jedem, der sich auf den Ruf der Washingtoner Kannibalen vom Schlage eines Cannon pflichtschuldigst um der Interessen des Monopolkapitals der USA willen blindlings in ein neues Kriegsabenteuer stürzen werde, völlige Straflosigkeit.

Das Märchen vom USA-Monopol an der Atomwaffe ist geplatzt wie eine Seifenblase. Kein Wunder, daß der streitbare Montgomery plötzlich sprachlos ist.

### KEILEREI AM „RUNDEN TISCH“

Länger als einen Monat tagt bereits die von den holländischen Landräubern unter Mitwirkung Londons und Washingtons im Haag als plumpe Posse in Szene gesetzte „Konferenz des runden Tisches zur Indonesienfrage“. Am „runden Tisch“ im Haag sitzt kein einziger wirklicher Vertreter des 70-Millionen-Volkes Indonesiens. Der Konferenz wohnt nur ein jämmerliches Häuflein von Verrätern bei, geführt von Mohammed Hatta, mit dessen Hilfe die überseeischen Monopole die Indonesische Republik erwürgen wollen.

Unter dem Druck des faktischen Leiters der Konferenz, des USA-Vertreters im Komitee „guter Dienste“, H. Cochran, hat die Hattaclique vor den Imperialisten kapituliert. Sie hat sich bereit erklärt, ein Kolonialstatut unter dem Aushängeschild der sogenannten Vereinigten Staaten von Indonesien zu akzeptieren. Hatta hat sich auch mit der Bildung einer „Holländisch-Indonesischen Union“ einverstanden erklärt, zu der die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Indonesien gehören sollen. Selbst einer von Hattas Spießgesellen, Saleh, hat zugegeben, daß das Statut einer solchen Union „eine neue Form der Kolonisierung Indonesiens bedeutet“.

Es hat sich jedoch herausgestellt, daß es den Regisseuren der Haager Konferenz leichter fiel, Hatta und seine Kollegen zur Kapitulation zu veranlassen, als sich untereinander zu verständigen.

Die amerikanischen Monopole bahnen sich unter Ausnutzung ihres Einflusses auf die Regierung des marshallisierten Hollands ungeniert den Weg nach Indonesien. Sie begnügen sich nicht mehr mit der Durchdringung der indonesischen Wirtschaft durch das USA-Kapital. Es geht um die Besitzergreifung ausgedehnter Gebiete Indonesiens, wo amerikanische Flugplätze und Marinestützpunkte angelegt werden sollen.

Die amerikanischen Anspruchsteller stoßen nicht nur die holländischen, sondern auch die britischen Partner beiseite. Die Atmosphäre am „runden Tisch“ im Haag erhitzt sich. Besonders heftige Streitigkeiten entbrannten wegen Neu-Guineas. Die USA-Vertreter, die diesen Teil der indonesischen Inselgruppe in ihren Stützpunkt verwandeln wollen, bestehen darauf, daß er den künftigen Vereinigten Staaten von Indonesien angeschlossen werde. Damit ist die englische Regierung nicht einverstanden. Die Labourregierung beschloß aus Furcht, durch die Konferenz des „runden Tisches“ wichtige Positionen in der indonesischen Inselgruppe verlieren zu können, die Ergreifung gewisser vorbeugender Maßnahmen. Nach Meldungen der holländischen Presse entsandte Bevin Ende August in aller Eile einen



Sondervertreter des Foreign Office, John Cost, nach dem Haag, wo er mit den republikanischen Führern „Kontakt aufnehmen“ und Hatta zu „persönlichen Besprechungen“ nach London einladen sollte.

Im großen und ganzen ist die Haager Konferenz zum Schauplatz einer Keilerei der imperialistischen Räuber um die Aufteilung Indonesiens geworden. Dazu wäre nur eines zu sagen: sie teilen, was ihnen nicht gehört. Der wirkliche Herr Indonesiens ist dessen Volk, das seine Rechte mit der Waffe in der Hand verteidigt und nicht beabsichtigt, sie irgend jemandem abzutreten.

### DAS FIASKO JAMES CAREYS UND SEINER CLIQUE

Am Vorabend des CIO-Jahreskongresses, der auf Ende Oktober angesetzt ist, erlitt die reaktionäre Clique Murray-Carey eine empfindliche Schlappe. Eine der größten Gewerkschaften, der 600 000 Mitglieder zählende Elektrikerverband, hat den reaktionären Kurs der CIO-Leitung entschieden verurteilt, die Versuche dieser Leitung, in den Gewerkschaften ihre Diktatur zu errichten, zurückgewiesen und die Rückkehr zu den Grundsätzen der Demokratie verlangt.

Der Kongreß des Elektrikerverbands beauftragte seinen Vollzugsausschuß am 21. September, die Geldüberweisungen an den CIO einzustellen, wenn dessen Leitung nicht aufhören sollte, sich in die inneren Verbandsangelegenheiten einzumischen. Trotz der langen Verleumdungs- und Hetzkampagne gegen die Führer des Elektrikerverbands, die durch ihre fortschrittlichen Anschauungen bekannt sind, sprach ihnen der Kongreß sein volles Vertrauen aus und betraute durch Wahl den Vorsitzenden des Verbandes, Albert J. Fitzgerald, den Generalsekretär des Verbandes, Julius Emspak, und den Direktor für Organisationsfragen, James J. Matles, wieder mit ihren früheren Posten.

Die USA-Presse berichtet, der Elektrikerverband könne in Anbetracht der ernsthaften Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Verräterpolitik der Spitzenclique des CIO aus diesem austreten und bei der Schaffung einer dritten Gewerkschaftszentrale in den USA die Leitung übernehmen; diese dritte Zentrale werde die Verbindung mit der Weltföderation der Gewerkschaften wieder aufnehmen. Es wird auch angenommen, daß diese Idee die Unterstützung von 11 fortschrittlichen Gewerkschaften mit insgesamt einer Million Mitgliedern finden werde.

Der Günstling und treue Diener der Monopole, James Carey, erlitt auf dem Kongreß des Elektrikerverbandes eine vernichtende Niederlage. Am

Vorabend des Kongresses bot Carey, der in diesem Verband früher einmal geschaltet und gewaltet hatte, alle seine Anhänger auf und schwadronierte, es werde ihm gelingen, die jetzige Leitung zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Das Vorhaben Careys erlitt unruhmlichen Schiffbruch, obwohl dieser kleine Ehrgeizling und mit allen Wassern gewaschene Politikaster seine sämtlichen Künste der Demagogie und Intrige spielen ließ.

Die Spalter aus der Careygruppe waren auf dem Kongreß eine bedeutungslose Minderheit. Ihre Bemühungen, den Lohnkampf der Elektriker zu sprengen und den Verband zu zersetzen, riefen die einmütige Entrüstung der Delegierten hervor. Der Kongreß charakterisierte die Careygruppe als eine „Verräterbande“. Im Aufruf des Kongresses an alle Verbandsmitglieder heißt es:

„Die Careybande, die von den großen Gesellschaften, der reaktionären Leitung des CIO und der Presse unterstützt wird, versuchte, die Kontrolle über den Verband an sich zu reißen. Auf's Haupt geschlagen, wandten sich diese Verräter an die Leitung des CIO mit der Bitte, einen neuen Elektrikerverband zu gründen, um den großen Gesellschaften in ihrem Kampf gegen Lohn-erhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu helfen. Wir verurteilen diese Verräter und Spalter, die sich als Agenten fremder Kräfte in der Gewerkschaft betätigen und bestrebt sind, die demokratische Bewegung in den USA zu vernichten. Wir fordern alle Verbandsmitglieder auf, sich gegen sie und die Unternehmer zu vereinen und alle Verräter aus den Ortsgruppen des Verbandes zu verjagen.“

Mit einem Wort: Carey wurde gezeigt, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Das ist das schmähliche Ende der „innergewerkschaftlichen Tätigkeit“ dieses Handlangers der Monopole, den Murray einmal als „seinen Staatssekretär“ bezeichnet hatte.

Der Beschluß des Elektrikerverbandes ist eine Warnung an alle Gewerkschaftsreaktionäre, die versuchen, sich mit Hilfe ihrer Freunde, der Kapitalisten, auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu halten. Gleichzeitig ist er ein Hinweis darauf, wie sich die Arbeiter der USA dieser Bürde entledigen können.

### SKLAVEREI IN BELGISCH-KONGO

Die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ brachte in ihrer Augustnummer einen Artikel über die Uranerzgruben in Belgisch-Kongo. Sein Verfasser sucht den Lesern aus irgendeinem Grunde einzureden, den in diesen Gruben beschäftigten eingeborenen Bergarbeitern ginge es „sehr gut“. Diese Versicherungen werden von den Tatsachen Lügen gestraft. So erfuhr die Öffentlichkeit von den Arbeitsbedingungen der in den



Gruben von Shinkolowbé beschäftigten Neger, die erbarmungslos ausgebeutet werden. Am 25. September veröffentlichte die belgische Zeitung „Drapeau Rouge-Dimanche“ eine Korrespondenz, aus der hervorgeht, was für Zustände die mit der Ausbeutung der Uransätze von Belgisch-Kongo beschäftigten Monopole eingeführt haben.

Die eingeborenen Arbeiter hausen in schmutzigen, mit Stacheldraht umzäunten und von der Polizei bewachten Baracken. Sie müssen 14 bis 16 Stunden täglich schuften, erhalten aber nur Hungerrationen. Selbst der elementarste Arbeitsschutz ist ihnen versagt. Medizinische Hilfe gibt es nicht. Wer zur Arbeit in den Erzgruben angeworben ist, darf sie nicht verlassen, wenn er nicht auf 2 Jahre ins Gefängnis kommen will. In Belgisch-Kongo wie auch in den anliegenden englischen Kolonialbesitzungen werden die Bauern absichtlich von den Behörden ruiniert, mit unerschwinglichen Steuern belastet, bedrängt und verfolgt; die verzweifelte Menschen sollen so zur Arbeit in den Urangruben gezwungen werden. „Drapeau Rouge-Dimanche“ schreibt:

„Zwangsarbeit, Elend der Kolonialvölker, Rassen-diskriminierung — das verbirgt sich hinter den tönenden Reden über die ‚Menschenrechte‘, die tagtäglich von Sachwaltern der ‚westlichen Zivilisation‘ gehalten werden.“

Es scheint kein Zufall zu sein, daß das Propagandaorgan der USA-Finanzleute, „Newsweek“, sich als Fürsprecher der Zustände betätigt, die von den Monopolen, den Ausbeutern der Eingeborenen in den Urangruben des Kongos, eingeführt worden sind. Offensichtlich sickert die Wahrheit über die Zustände in den Urangruben doch durch und enthüllt die widerwärtige Rolle der USA-Monopole, der größten Sklavenhalter in der modernen Welt.

## NEUE ANSPRÜCHE DE GAULLES

De Gaulle widmete seine fällige Rede, die er am 25. September in Bordeaux hielt, hauptsächlich außenpolitischen Fragen. Der mit dem Faschismus liebäugelnde General sieht Frankreich wohl als zu enges Betätigungsfeld an. Er wendet sich an die „Bürger Europas“ und malt ihnen die folgenden Perspektiven aus: es sei notwendig, die „Grundlagen einer Organisation“ Europas zu legen, die ein „mächtiger und zuverlässiger Brückenkopf“ sein und „in Fragen der Wirtschaft, der Kultur und der Verteidigung Einheit“ erzielen müsse... Was Frankreich angeht, so müsse dieses sich schleunigst bewaffnen, um die „Sicherheit“ des Kontinents „zu gewährleisten“.

Man kann ohne jede Mühe in den hochtrabenden Phrasen de Gaulles ein Aufleben der Hitlerischen Beschwörungen und der Lavalschen Politik einer französisch-deutschen Annäherung erblicken. De Gaulle ist bemüht, das berüchtigte „neue Europa“ zu einem aggressiven Feldzug gegen die Demokratie aufzubieten und zu diesem Zweck ein Bündnis mit den deutschen Militaristen zu schließen. Das ist das außenpolitische Programm der französischen Reaktion.

Die Einwohner von Bordeaux, die sich zu einer von der Ortsorganisation der „Kämpfer für Frieden und Freiheit“ veranstalteten Kundgebung versammelt hatten, erteilten dem General, der den Hitlerschen Fraß wiederkaut, die gebührende Abfuhr. Sie brandmarkten das Streben de Gaulles nach persönlicher Macht und seine Aufrufe zu einem Bündnis mit den deutschen Militaristen.

Otto Strasser sagte einmal: „Ich bin der deutsche de Gaulle!“ De Gaulles Größenwahn gestattet es ihm nicht, sich mit der Rolle eines Strasser zu begnügen. Er erhebt Anspruch auf die Rolle eines deutsch-französischen „Führers“.

## Ist der Friede erreichbar?

Wsewolod IWANOW

I.

„Ist der Friede erreichbar? Und was muß ich selbst tun, um ihn herbeizuführen?“ fragt sich jeder ehrliche und anständige Mensch in unseren Tagen, da mehr als sonnenklar die Notwendigkeit hervortritt, mit allen Kräften, mit allem Zorn und Haß gegen die Kriegsbrandstifter aufzutreten.

Das Gebäude des Friedens, aufgerichtet auf den Gebeinen von Millionen Helden, die im Kampf gegen den Faschismus gefallen sind, dieses Gebäude versuchen gegenwärtig nicht sehr zahl-

reiche, aber sehr aktive und reiche Missetäter eifrig, planmäßig und wohlüberlegt zu zerstören.

Die Regierungen mehrerer Länder, die am Krieg gegen den deutschen Faschismus und den japanischen Imperialismus teilgenommen haben, versprochen den Völkern eidlich einen dauernden Frieden. Die Völker schenkten ihnen Glauben. Menschen starben für diesen Glauben, aber noch sind nicht alle Schützengräben verschüttet, und das eidesstattliche Friedensversprechen ist von vielen Regierungen bereits vergessen, ausgestrichen, verraten, bespielt!



Ja noch mehr. Die Regierungen mehrerer Länder sind ihren Versprechungen treu geblieben und kämpfen für Frieden und Sicherheit. Es sind dies die Regierungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder. Doch andere Regierungen, die der Sache des Friedens untreu geworden sind, und zwar die der USA, Großbritanniens und Frankreichs, behaupten in verlogener Weise, die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie wären geradezu Erobererstaaten, ja womöglich Frevler gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker. Warum eigentlich?

Darum, weil die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie die Sache des Friedens verteidigen.

Das Sowjetvolk, in der Person seiner Repräsentanten, schlägt den Regierungen, die am Krieg gegen den Faschismus teilgenommen haben, eine Einschränkung der Rüstungen vor, sowie auch das Verbot der Atomwaffe als eines Mittels zur Massenvernichtung der Bevölkerung. Man müßte meinen: sehr vernünftige und sehr richtige Vorschläge. Denn um wieviel vorteilhafter und angenehmer ist es für die Menschheit, die für Rüstungszwecke bewilligten Mittel lieber für die Volksgesundheit, für das Schulwesen, für die Universitäten, ja ganz einfach dafür aufzuwenden, um mit Kleidung und Schuhwerk Menschen zu versehen, die keine Kleidung und kein Schuhwerk besitzen. Und schließlich wäre es für die Menschheit unendlich angenehmer, die Atomenergie für die Beleuchtung der Städte, für die Beheizung der Gebäude, für den Antrieb der Maschinen zu verwenden, als lebendigen Leibes im Feuer zu verbrennen, das von dieser Energie erzeugt wird.

All das ist unbedingt richtig, und nichtsdestoweniger werden die Vorschläge der Sowjetregierung, die Rüstungen einzuschränken und die Atomwaffe zu verbieten, von den Regierungen der USA und Englands zurückgewiesen, abgelehnt auch von anderen kapitalistischen Regierungen, die gehorsam wie abgerichtete Pudel auf Befehl des Herrn die Pfoten heben, wenn es diesem beliebt, gegen die Sowjetanträge zu „stimmen“.

Wie soll man das nennen? Etwa nicht Verrat am Frieden? Etwa nicht Entfachung des Kriegsbrandes?

Ist dies etwa nicht eine Verhöhnung der Asche jener Millionen, die mit dem Worte „Frieden!“ auf den Lippen auf den Schlachtfeldern gegen den Faschismus gestorben sind?

Dieser Verrat wird schließlich einmal gesühnt werden.

Man darf sich nicht endlos lustigmachen über das Gewissen der Völker. Man darf nicht länger die Lüge dulden! Denn es zeigt sich, daß die

Versprechungen der bürgerlichen Regierungen an die Völker, die gegen den Faschismus gekämpft haben, Lüge waren. Daß der Friede ein lügenhaftes Versprechen war. Daß die Freiheit ein lügenhaftes Versprechen war. Daß auch die Sicherheit der Völker ein lügenhaftes Versprechen war.

Worauf aber hofften jene Regierungen, als sie diese lügenhaften Versprechungen machten, als sie bewußt den Betrug an den Völkern übten?

Bei ihren lügenhaften Friedensversprechungen hofften die Imperialisten erstens auf die alles verschlingende Zeit, die die Menschen vergeblich macht, zweitens auf ihre eigene, wahrhaft tolle Fähigkeit, zu lügen, sich zu drehen und zu wenden, klare Urkunden und Worte falsch auszulegen, ja in ihr Gegenteil zu verkehren.

„Eine gut vorgebrachte Lüge wirkt markanter als eine simple Wahrheit“, sagte einmal ein Schuft aus dem obenerwähnten Milieu von Journalisten und Wortemachern.

Demnach heißt es: Lüge-nur, schreie nur „Halte! den Dieb!“ — und du wirst nie erwischt werden.

## 2

So wäre es auch in der Tat, hätte die Menschheit nicht ihren getreuen und wachsamsten Freund.

Dieser Freund ist das Sowjetvolk.

Bürgerliche Schriftsteller, Politiker, Prediger, Leute, die viel Worte machen, Leute, die wenig Worte machen, und Leute, die den Mund nicht auf-tun und statt dessen anderen aus Pistolen in den Rücken schießen, — all diese getarnten und ungetarnten Propagandisten von Krieg und Mord brüllen heute ganz hysterisch:

„Der Friede ist unerreichbar! Die Menschheit hat immer Krieg geführt, und biologisch wie soziologisch ist erwiesen, daß sie ohne Krieg nicht leben kann.“

Wie viele Argumente, wie viele Bücher zur Begründung der Notwendigkeit und Unausbleiblichkeit des Krieges und schließlich wieviel bereitgestellte Geschütze, Maschinenpistolen, Stacheldrahtrollen! Den ganzen Erdball kann man und — wie sie meinen — muß man sogar unbedingt mit Stacheldraht umspannen, damit er, Gott behüte, sich nicht etwa in eine kommunistische Erdkugel verwandle.

Sehen wir einmal zu: wer sind die Brüller? Und warum brüllen sie?

Und sogleich wird sich eine merkwürdige Geschichte herausstellen. An diesem Gebrüll sind gerade jene interessiert, die, nach ihrer eigenen Annahme, im Kriege keineswegs untergehen und auch nicht verarmen werden.

Reden wir nicht von den Kanonenkönigen, von den Lieferanten der Granaten und der Flugzeuge. Da liegt der Fall auch ohne Worte vollkommen



klar. All diese „Packards“, Jachten und Schlösser, all dieser unsinnige und prätentöse zeitgenössische Luxus aus „Tausendundeiner Nacht“, all diese Lakaien und Speichellecker — all das ist erworben für den Preis des Blutes und Schweißes von Millionen Menschen. Es gibt noch eine andere, zahlreichere Schicht von Leuten, die da schreien, der Friede wäre unerreichbar und man müsse rascher zum Kriege rüsten, sonst würden „wir“ uns verspäten und geschlagen werden!

Dies sind erstens Militaristen, die den Krieg zu ihrem Beruf gemacht haben, nebenbei mit der Berechnung, diesem Krieg selber tausend Kilometer fern zu bleiben, in einem gut betonierten Unterstand. Zweitens sind dies gewisse für den Krieg arbeitende Gelehrte und hohe Beamte, die sich im Hinterland verschanzen können und die damit rechnen, daß die Granaten nicht bis zu ihnen und ihren Angehörigen fliegen werden, und die sagen: „Der Krieg — das wird eine wahre Goldgrube werden.“ Drittens sind das einfach Verbrecher und Abenteurer, die in verschiedenen Abgeordneten-kammern und Ministerien sitzen, und die ebenfalls das eigene Leben und das Leben ihrer Familien außer Gefahr vermaßen. Und zum Schluß sind das überhaupt jene Leute, die alles Neue, Fortschrittliche, alles wirklich Demokratische, alles, was der Menschheit zum Wohl gereichen will und soll und ihr auch wirklich zum Wohl gereicht, hassen — mit einem Wort, alles hassen, was sie kommunistisch nennen.

All diese emsigen Kriegsbrandstifter rechnen fest damit, daß sie in diesem Kriege nicht in Mitleidenschaft gezogen werden können, daß sie sich am Kriege bereichern werden, daß sie, wie die oberen Machthaber, ebenfalls „Packards“, Jachten, Privatflugzeuge, Schlösser erwerben werden. Und, was das Wichtigste ist, der Krieg werde es möglich machen, alles Progressive, Kühne, Neue, was für Veränderung eintritt, was Rechte und soziale Gerechtigkeit fordert, in Ketten zu legen, mit Stacheldraht zu umwinden, für alles Fortschrittliche, sozusagen, ein weltweites Getto einzurichten.

Reden wir nicht davon, inwieweit diese Träume von einem universalen Getto erfüllbar sind und inwieweit in einem dritten Kriege seine Urheber gefahrlos dahinleben werden. Daß sie sich die Sache aber so vorstellen und so damit rechnen, ist auch für den Menschen klar, der nicht mit scharfen Augen ausgestattet ist.

So sehen sie aus, diese Kriegsbrandstifter, so hört sich ihr Geschrei an, und dies sind ihre Hoffnungen.

Und wenn es heute nicht den Freund der Menschheit gäbe, wenn heute kein Sowjetvolk bestünde, vielleicht würde dieses hysterische,

vielfache und ununterbrochene Gebrüll das Gedächtnis der Menschen vergiften.

Aber das Sowjetvolk, zutiefst an friedlicher Arbeit interessiert und rührig in seinem Kampf für den Frieden, kann gar nicht anders als den Menschen auf dem ganzen Erdball die Kriegsgelahr aufzuzeigen. Es kann gar nicht anders als auf die Kriegsbrandstifter hinzuweisen, an all das zu erinnern, was der vergangene Krieg mit sich gebracht hat: Tod, Leiden, Foltern, Konzentrationslager, Maidanek, Auschwitz, zerstörte Städte, vernichtete Kulturgüter, all das muß man im Gedächtnis behalten; all das muß man wissen, denn dieses Wissen verzehnfacht unsere Kräfte und hilft uns im Kampf gegen jene, die einen neuen Krieg beginnen wollen.

Und kämpfen müssen wir gegenwärtig, in den Tagen des Friedens, für den Frieden mit der gleichen Energie, mit der wir in den Tagen des Krieges für den Frieden gekämpft haben.

Dann wird der Friede erobert werden.

Und diese Schlacht für den Frieden darf man nicht hinausschieben, nicht um eine Minute, nicht um eine Sekunde.

### 3

Natürlich besitzen die regierenden Leute der kapitalistischen Staaten viele Waffen, viele Geschütze, Granatwerfer, Artilleriegeschosse, Maschinengewehre — die Speicher sind zum Bersten voll davon. Die regierenden Leute sind vorzüglich bewaffnet. Und für den unerfahrenen Blick sind sie so vorzüglich bewaffnet, daß sie jeden beliebigen Augenblick den Krieg entfesseln und die restlose Austilgung der Völker beginnen können.

So sieht die Sache, wiederhole ich, freilich nur für den unerfahrenen Blick aus.

Um Krieg zu führen, muß man Truppen haben. Und zudem gehorsame und dienstfertige Truppen.

Und gerade dies stellt den schwächsten Punkt bei den Kriegsbrandstiftern dar. Gerade darin sind sie am meisten verwundbar.

Die Kapitalisten, die amerikanischen und die englischen, hätten längst den Krieg begonnen, hätten längst mit dem größten Vergnügen uns alle, die wir gegen den Krieg und seine Anstifter agitieren, vom Antlitz der Erde hinweggefegt und die am Leben Verbliebenen als unentbehrliches Arbeitsvieh in Ketten gelegt und zu ewiger, ununterbrochener Arbeit für ihr, der Kapitalisten, Wohl gezwungen.

Längst hätte der Krieg begonnen, doch sind die Imperialisten ihrer Truppen, ihres Volkes nicht sicher. Zur Hebung der Disziplin wird Zuckerbrot und Peitsche angewendet. Mit Peitsche und Maschinengewehr bändigen sie Indonesien und Griechenland. Mit dem Zuckerbrot des Marshall-



plans verführen sie Frankreich, Belgien und andere. Aber Truppen sind nicht viel da, und man kann sich nicht auf sie verlassen.

„Man wird ihnen Waffen geben“, denken mit Entsetzen die Kapitalisten bei Nacht daheim in ihren Betten. „man wird ihnen Kanonen geben und diese gegen die Sowjetunion und die Volkdemokratien richten, die Leute aber werden entweder diese Kanonen im Stich lassen und vom Schlachtfeld Reißaus nehmen oder, was Gott verhüten möge, diese Kanonen gegen uns richten!“

Dieses Gefühl wütenden Ärgers wird durch den Erfolg unseres Friedenskampfes hervorgerufen.

Und je erfolgreicher dieser Kampf weitergehen wird, je besser und anschaulicher wir, die Friedensanhänger, die Absichten der Feinde entlarven werden, diese raffiniert aufgebauten Absichten, wie etwa den Plan des Verräters und Kriegstreibers Tito, der auf dem Rajkprozeß entlarvt worden ist, in um so weitere Fernen wird die Kriegsgefahr rücken.

Wir, die Sowjetmenschen, stehen alle für den Frieden ein.

Die großartige Aufbauarbeit, die unsere Völker leisten, verlangt Frieden. Wir bauen das Stalinische Planjahrhundert der Nachkriegszeit, das vor allem unsere vom Krieg in Mitleidenschaft gezoogene Wirtschaft wiederherstellen soll, Städte und Dörfer, Fabriken und Betriebe wiederaufrichten soll. All das ist Friedensarbeit, und wir leisten sie beharrlich, hartnäckig, begeistert.

Wenn wir Sowjetmenschen vom Frieden reden, so tun wir das nicht darum, weil wir in Hysterie verfallen, wie die Kapitalisten der USA und Englands. Bei uns ist's kein Schrecken, keine Furcht vor den Drohungen der englischen und amerikanischen Bourgeois, die selber mit der Waffe herumfuchtelten, aber kaum daß die Waffe zu schießen beginnt, sie in fremde Hände zu legen trachten, in die Hände von Negern oder Franzosen oder Deutschen. Wir verstehen es selbst, die Waffe in der Hand zu behalten, und wie das aus der Erfahrung des Krieges mit Deutschland und Japan hervorgeht, verstehen wir mit der Waffe auch umzugehen, und nur Leute, die den Verstand verloren haben, können annehmen, sie würden heil davonkommen, wenn sie gegen unsere Waffen anstürmen.

Wenn wir vom Frieden reden, so tun wir es nicht, weil wir vorm Krieg Angst haben, sondern aus Achtung vor dem Fortschritt, aus Achtung vor der Zivilisation, aus Achtung vor dem Wert des Menschenlebens, vor diesem Wert, den die Imperialisten nicht begreifen und nicht zu begreifen wünschen.

Wenn wir vom Frieden reden, so tun wir es darum, weil wir mit allen Menschen unseres Plane-

ten ein neues Leben aufzubauen wünschen und weil wir wissen, daß alle Völker der Erde dem Krieg abhold sind.

Unsere Stimme ist die Stimme des ganzen Erdballs, aller, die da schaffen und bauen!

4

Der Friede — in der Auffassung der Sowjetmenschen und in der Auffassung all jener Menschen, die während dieser Kampfwoche für den Frieden, vom 2. bis zum 9. Oktober, ihren Willen äußern wollen und werden — der Friede ist die freie Arbeit, die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker. Der Friede ist der Sozialismus, der Friede ist der Kommunismus!

Der Friede ist die Lehre Lenins und Stalins, ist die Kommunistische Partei, geführt von dem großen Stalin, ist das gesamte Sowjetvolk, das unter Stalins Führung schafft. Der Friede ist unser Leben, das wir hochschätzen, das wir unendlich lieben, das uns unendlich teuer ist und das wir mit Ruhm erfüllen!

Vorzüglich hat ein usbekischer Kollektivbauer die Gedanken des ganzen Sowjetvolkes vom Frieden wiedergegeben und auch die Frage beantwortet, ob der Friede erreichbar sei. Er sprach eigenartig, es ist schwer, seine Worte genau wiederzugeben, doch will ich nach Möglichkeit das Kolorit seiner Rede zu wahren trachten.

Das Gespräch fand in den mächtigen hohen Bergen statt, die das fruchtbare und reiche Tal von Fergana umfassen — dort, wo hinter zwei, drei Bergkämmen der Pamir beginnt.

Wir rasteten in einem Bergdorf, in der Tschai-chana (Teestube), unter einem Zeltdach, auf Matten von Schilfrohr. Neben uns dampfte ein mannshoher Samowar. Durch die Schlucht, von unserer Liegematte nahezu mit der Hand erreichbar, rauschte ein Bergbach. Und breite, bemalte metallne Tabletts, die, an Holzhaken befestigt, von den Wänden hingen, warfen das Lärmen des Wildbachs noch einmal auf uns zurück.

Plötzlich begannen die Tabletts zu schaukeln und zu klingen. Ein hochgewachsener, breit-schultriger und wuchtiger Usbeke, sonngebräunt bis zur Schwärze, unter einer kegelförmigen Kopfbedeckung aus Filz, schritt auf uns zu. Auf seiner Brust schimmerten mehrere Orden und Medaillen: für die Einnahme von Budapest, Wien und Berlin.

Er verneigte sich mit orientalischer Höflichkeit und legte auf ein Tablett vor uns ein paar dünne Fladen aus schneeweißem Mehl. Dann bat er um Erlaubnis, sich zu uns zu setzen.

„Bitte versuchen Sie unsere Fladen“, sagte er lächelnd. „Sie kommen frisch aus dem Ofen, von der diesjährigen Ernte. Alle behaupten, nirgends gäbe es so weißes und schmackhaftes Gebäck wie bei uns...“



„Wie haben Sie es fertiggebracht, Genosse“, frage ich, „gleich bei der Einnahme mehrerer Hauptstädte zugegen zu sein?“

„Ich bin Flieger“, gab er kurz zurück. . .

Doch von der Vergangenheit zu reden hat er offensichtlich keine Zeit. Hauptstädte sind Hauptstädte, er aber ist jetzt mit wichtigeren Dingen beschäftigt. Er fragt:

„Der Krieg ist wohl unausbleiblich?“

Und setzt mit lauter, erregter Stimme fort:

„Ich hab' keine Angst vorm Krieg. Orden, Medaillen beweisen das. Ich hab' im Krieg wichtige Aufträge ausgeführt und werde sie, wenn nötig, wieder ausführen. Keine Feigheit ist's, sondern das Gewissen. Die ganze Welt hat ein Gewissen, doch — spricht sie auch im Namen ihres ganzen Gewissens? Wenn im Namen ihres ganzen Gewissens und mit voller Kraft, dann wird es keinen Krieg geben! Ich bin, sehen Sie, Ackersmann, Holzfäller. . . Flieger war ich im Krieg. . . Ich bin zu euch aus den Bergen gekommen, hatte gehört: Schriftsteller sind da. . . Laßt mich, dachte ich, es ihnen sagen, und mögen sie's der ganzen Welt weitersagen, wenn sie Schriftsteller sind. . . Hab' ich recht? Bei mir ringsum, in den Bergen, denken viele so wie ich. Am linken Flügel, wie am rechten. Was denke ich? Was denkt der Kollektivbauer Ibrahim Hassanow aus den Bergen überm Tal von Fergana? Soll ich's sagen?“

„Wir möchten sehr drum bitten, Genosse Hassanow.“

„Hier meine Antwort.“

Ibrahim Hassanow nahm seinen Brotladen auf und blickte ihn zärtlich an.

„Im Tal von Fergana“, fuhr er fort, „unten, zu unseren Füßen, stand das Getreide immer gut. Die Kulaken hatten es uns in den Bergen immer zu hohem Preis verkauft. Die Zufuhr ist schwierig. Bei uns in den Bergen wuchs kein Weizen, höchstens Roggen, Hirse, auch das recht armselig. Eines Tages beginnt unsere Macht, die Sowjetmacht. Kolchose. Wir steigen ins Tal hinunter, wir sagen: ‚Kolchose? Gut, wir sind dafür, aber wenn wir füreinander sorgen, gebt uns Weizen.‘ — ‚Weizen?‘ fragt man uns und versteht unsere Frage nicht. ‚Von Weizen wollt ihr euch nähren?‘ — ‚Jawohl, von Weizen.‘ antworten wir. Die dachten nach, die Behörden. Dann sagen sie: ‚Der Weg zu euch ist sehr schwer. Die Zufuhr ist schwer. Die Zustellung wird viel kosten.‘ Wir erklären: ‚Wo denkt ihr hin? Meint ihr, wir möchten bei euch gern Kostgänger sein?‘ Wir sagten: ‚Gebt uns Weizen zur Aussaat, wir werden ihn selbst züchten, und ihr werdet uns keinen Weizen zuzustellen brauchen.‘ Darauf sie: ‚Ja, aber vom frühen Frühjahr friert ja bei euch der Weizen und wächst nicht.‘ — ‚Wächst nicht, sagen wir. ‚So findet uns

einen Weizen, der wächst. Die Sowjetunion ist ein sehr großes Land, es kann nicht sein, daß sich da nicht irgendwo ein solches Korn finden läßt.‘ Sie begannen zu suchen, umsonst, es stellt sich heraus, ein solches Korn gibt's nicht, wir leben zu hoch in den Bergen, zu kalt ist's bei uns. Das ist traurig. Aber Freunde sind Freunde. Die Sowjetmacht hat unsern Wunsch nicht vergessen. Sie hat ihn den Gelehrten mitgeteilt, bei der Selektionsstation. Die Station machte sich ans Werk. Lang arbeitete sie: um eine kältefesteste und rasch reifende Sorte Weizen zu schaffen, braucht es Jahre. Im letzten Kriegsjahr, 1945, hat man sie uns gegeben! Dieser Weizen hatte einen gelehrten Namen, wir aber nannten ihn auf unsere Art — ‚Friedenskorn‘. Friedlicher Weizen. . . Nun?“

Und er blickte besorgt auf unsere Gesichter — ob wir ihn begriffen? Dann setzte Hassanow mit leiser Stimme und bedächtigen Tones fort:

„Und wenn mich in den Bergen die Kollektivbauern fragen, ob Friede sein wird, so zeig' ich ihnen unser Mehl aus dieser Weizensorte, dem Friedenskorn. Hättet ihr geglaubt, frage ich, vor zwanzig, dreißig Jahren, daß bei euch droben, auf euern Wunsch, ein solcher Weizen wachsen wird, von dem ihr geträumt habt? Woher sollte er kommen? Wer wird sich um euch sorgen? . . . Aber die Sowjetmacht hat euer Dorf in den Bergen erblickt und euch das weiße, wohlschmeckende Brot hinaufgebracht. Und was ist das Brot, wenn genug davon vorhanden ist? Das ist der F r i e d e n. Das ist der Frieden, gehegt und gepflegt von den Händen des sowjetischen Bauers und Arbeiters. Und dieser Fladen im Hochgebirge ist eine Speise nicht nur unseres Bergdorfs. . . Die ganze Welt soll diesen Fladen versuchen!“

„Die ganze Menschheit?“

„Die ganze Menschheit“, bestätigte der Kollektivbauer und blickte uns mit weit geöffneten Augen an. „Frieden und Brot für alle Völker! Und der Krieg, den die Kapitalisten wollen, ist ein Krieg gegen mein Brot.“

Er verstummt in Gedanken, trinkt einen Schluck Tee aus der breiten flachen blauen Schale und sagt:

„Ob Friede sein wird? . . . Wir glauben — ja. Nur fest zusammenhalten müssen wir alle und immerzu das Unkraut jäten. Wenn das Unkraut vom Weizen nicht ferngehalten wird, ist dein Feld nach ein paar Jahren lauter Unkraut. So ist's auch im Leben, so auch im Kampf um den Frieden. Mehr Wahrheit, mehr Licht, denn im Licht kann man den Schakal leichter fernhalten von unserer Herde.“

Und noch einmal, mit großem Nachdruck und Glauben, wiederholte er seine Worte und wir sprachen sie ihm nach, und ich glaube, alle ehrlichen Menschen der Erde werden diese Worte wiederholen: „Frieden und Brot allen Völkern!“



# Auf der vierten Tagung der UNO-Vollversammlung

(Notizen eines Korrespondenten)

A. MOSKWIN

**A**USSERLICH hat sich nichts verändert in Flushing Meadows, wo die Plenarsitzungen der UNO-Vollversammlung stattfinden. Über dem grauen, zweistöckigen Quaderbau, der keinerlei architektonische Verzierungen aufweist, weht die blauweiße Fahne der UNO. Einige Meter von dem Gebäude entfernt erheben sich von einer mäßig großen runden Rasenfläche die hohen Masten mit den Flaggen der 59 Staaten.

Zahlreiche, einander sinnreich überschneidende Auffahrten zu dem Gebäude füllen sich viermal am Tag mit den unzähligen Kraftwagen, worin die Delegierten, ihre Berater, die Korrespondenten und Übersetzer an- oder abfahren, und diese Rampen sind da und dort verziert von gleichartigen, sorgfältig gestutzten dekorativen Buschhecken. Am Himmel macht sich ein Flugzeug das wolkenlos-windstille Wetter zunutze und zeichnet mit weißen Riesenbuchstaben die Reklame für „Pepsi-Cola“ hin...

In den schmalen, langen Gängen, die an die Bauart einer Kaserne erinnern, und rings um den geräumigen Sitzungssaal der Vollversammlung laufen, schreiten bedächtig die Delegierten auf und ab, eilen die Korrespondenten und Bildreporter hin und her, tönen Gespräche in den verschiedensten Sprachen. Nur zwei quadratische, raucherfüllte Räume, die sich an den Sitzungssaal anschließen, sind mit Möbeln ausgestattet. Hier drängt sich fast immer eine Menschenmenge. An der Bar schlürfen Gentlemen Whisky mit Soda. Liebhaber von Andenken kaufen an besonderen Tischen Ansichtskarten, Flaggengarnituren, ja sogar Taschentücher mit gebatikten UNO-Emblemen.

Dies sind die Wandelgänge der Vollversammlung, wo man sehr oft Reden und Urteile hören kann, die sich gründlich von den offiziellen Tribünenreden oder den für die Presse bestimmten Erklärungen unterscheiden.

Im Oberstock befindet sich das Reich der Presse, des Rundfunks und des Films. Besondere Zimmer sind den größten Presseagenturen der Welt, vielen amerikanischen, englischen und kanadischen Rundfunkgesellschaften und einigen New Yorker Zeitungen zugewiesen. Was das „Kleingetier“ betrifft, so tippen dessen Vertreter ihre Telegramme auf der Reiseschreibmaschine in dem großen, lärmgefüllten allgemeinen Saal. Das macht den Korrespondenten übrigens nichts aus, — den größten

Teil ihrer Zeit durchstreifen sie die endlosen Korridore, jagen Neuigkeiten nach, tauschen Eindrücke aus, drängen sich unten zwischen die Delegierten oder sitzen an niedrigen, unbequemen Tischchen in der ungemütlichen Pressebar. Die Pressegalerie, die wie ein gewöhnlicher Balkonrang im Theater aussieht, ist selten auch nur halb gefüllt.

Auf den ersten Blick hat sich hier seit dem Vorjahr nichts verändert. Sogar die Tagesordnung der vierten Session der Vollversammlung bietet nicht allzuviel Neues. Sie enthält viele Fragen, die schon den Gegenstand von Debatten auf der dritten, ja in einigen Fällen sogar auf der zweiten Tagung ausmachten. Die Presse der amerikanischen Monopole versuchte diesen Umstand auszunutzen, um die Wirkungslosigkeit der UNO zu unterstreichen, die Bedeutung der bevorstehenden Tagung herabzusetzen, das öffentliche Interesse für ihre Arbeiten künstlich zu senken.

Dabei verschwiegen die Zeitungen, aus welchem Grunde, weshalb von einer Tagesordnung zur anderen derlei Punkte wanderten wie die Frage des rechtswidrigen intersessionellen Ausschusses, die Frage der Tätigkeit der sogenannten Balkankommission oder der Koreakommission. Die Zeitungen vergaßen darauf hinzuweisen, daß derartige Fragen, die der Satzung und den Aufgaben der UNO zuwiderlaufen, schon jahrelang von den Delegationen der USA und Großbritanniens aufgebauscht werden, um die Beziehungen innerhalb der UNO zu verwirren und zu verschärfen und mit der Autorität der Organisation die eigenen Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten der Republik Korea und der Griechenland benachbarten volksdemokratischen Länder Albanien und Bulgarien zu decken.

Die amerikanischen Zeitungen verschwiegen beharrlich zugleich auch die Tatsache, daß eine Reihe von Fragen höchster Wichtigkeit, wie das Verbot der Atomwaffe und die Herstellung einer internationalen Kontrolle der Atomenergie, die Frage der Rüstungsbeschränkungen und andere, bisher keine Lösung erfahren haben — dank dem Widerstand der USA und Großbritanniens, die eine auf Entfesselung eines neuen Krieges gerichtete Politik betreiben und in der UNO die ihnen hörige Mehrheit dazu ausnutzen, um die Beratung von Problemen, die den Frieden und die Sicherheit der



Völker zum Gegenstand haben, jeweils in eine Sackgasse zu treiben.

Bis heute haben auch die Fragen, die sich auf das Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien und auf die Lage in Indonesien beziehen, keine gerechte Lösung gefunden und sind neuerdings in die Tagesordnung der Vollversammlung aufgenommen worden. Und dies ebenfalls nur dank dem Umstand, daß der englisch-amerikanische Block hier seine engstirnig-selbstsüchtigen Interessen verfolgt, die den Zielen und Aufgaben der UNO zuwiderlaufen.

Noch lange vor Eröffnung der Vollversammlung erschienen in der Presse der westeuropäischen Länder Meldungen, die davon zeugten, daß der englisch-amerikanische Block seine Politik für die gegenwärtige Tagung schon vorher ausgearbeitet hatte. So hat, laut Mitteilung der schwedischen Zeitung „Ny Dag“, am 2. und 3. September in New York eine Beratung der Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Beneluxstaaten getagt, wo Fragen aus der Tagesordnung der vierten Session besprochen wurden. Die Zeitung schrieb:

„Besondere Aufmerksamkeit wurde den Fragen der Rüstungsbeschränkung und Begrenzung der Streitkräfte sowie der Kontrolle über die Atomenergie gewidmet. Es wurde beschlossen, die Entfaltung einer breiten Debatte über diese Fragen ‚hintanzuhalten‘ und alles daranzusetzen, um ihre Lösung bis zur nächsten Session der Vollversammlung zu vertagen.“

Einige Tage nach dieser Geheimberatung trat auf der vierten Tagung das Mitglied der amerikanischen Delegation, Philip C. Jessup, mit der Erklärung hervor, daß

„die USA gegenwärtig keineswegs die Lösung der Frage eines Verbots der Atomwaffe und einer Rüstungsbeschränkung bei den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats erwarten“.

Derartige Erklärungen sind sehr viel-sagend. Es ist klar, daß die Delegationen der dem englisch-amerikanischen Block angehörenden Länder in Flushing Meadows mit der Absicht eingetroffen sind, sich Mühe zu geben, um die vierte Tagung der Vollversammlung daran zu hindern, bei der Lösung der aktuellsten Fragen der internationalen Sicherheit vorwärtszukommen. Sie sind entschlossen, auch auf dieser Session ihre Politik fortzusetzen, die auf Diskreditierung und Unterwühlung der UNO abzielt. Um diese Taktik zu tarnen, die darin besteht, die Versammlung von ihren Hauptaufgaben abzulenken, wurde auch der Lärm um drittrangige Fragen erhoben, die jahraus, jahrein von der amerikanischen Delegation oder auf ihr Geheiß von den Delegationen gewisser kleiner Staaten aufgebauscht werden. Dem gleichen Zweck dienen auch die provokatorischen Andeutungen in der Presse, im Laufe der bevor-

stehenden Session könnten „zusätzliche“ Fragen auftauchen, wobei man zu verstehen gab, daß als eines der Mittel zur Schaffung einer sowjetfeindlichen Atmosphäre auf der Vollversammlung eine von der Kuomintangregierung gegen die Sowjetunion aufgebrachte Insinuation dienen würde.

So war die Sachlage, als am 20. September die vierte Tagung der Vollversammlung eröffnet wurde.

\* \* \*

Die allgemeine Debatte auf den Plenarsitzungen, die fünf Tage dauerte und in der Delegierte von 34 Staaten sprachen, enthüllte vollkommen die Absicht des englisch-amerikanischen Blocks, die Erreichung jedes Übereinkommens über die vor der UNO stehenden wichtigsten Probleme zu sabotieren.

Um der Diskussion den allgemeinen Ton anzugeben und sie auf die gewünschte Bahn zu lenken, beeilte sich der Staatssekretär der USA, Acheson, als einer der ersten das Wort zu ergreifen. Seine Rede, die er im gewohnten, gespielt gleichmütigen Ton vortrug, unterschied sich durch nichts von den standardisierten Hetzreden, die auf eine Verschärfung der Meinungsverschiedenheiten und der Gegensätze zwischen den Großmächten abzielen. Acheson wiederholte, wie Jessup, die USA wünschten keine Vereinbarung über Fragen der Regelung und Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffe.

Im gleichen Geiste waren auch die farblose Rede des französischen Außenministers Schuman gehalten und die polternde Rede des britischen Ministers Bevin, ebenso die Erklärungen der Delegierten anderer marshallisierter Länder. Sie alle waren darauf angelegt, die Vollversammlung von der Beratung der Hauptfragen abzubringen.

Aber die Absicht, aus der vierten Tagung der Vollversammlung eine bloße Schwatzbude für abgedroschene Ausfälle gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu machen, mißlang. Den Vertretern der USA und ihren Satelliten wurde klipp und klar die Frage gestellt: ob sie bei der Sicherung des Friedens mitwirken wollten oder nicht.

Der 23. September, ein Freitag, war in der Vollversammlung ein „großer Tag“: das Haupt der Sowjetdelegation, Außenminister der Sowjetunion A. J. Wyschinski, ergriff das Wort. Der Zeitpunkt, da er reden würde, war schon vorher bekanntgeworden, und man erwartete ihn mit großer Ungeduld. Es warteten die Freunde, es warteten auch die Gegner.

Einige Stunden vor der Rede Wyschinskis hatte Präsident Truman in Washington seine sensationelle Eröffnung „über die Explosion einer Atom-bombe in der Sowjetunion“ vom Stapel gelassen.



Gleich nachher, buchstäblich wenige Minuten vor Beginn der Rede des sowjetischen Außenministers, veranstaltete Acheson in Flushing Meadows eine der „Atomfrage“ gewidmete Pressekonferenz. Kein Wunder, daß dieses mehr als seltsame zeitliche Zusammentreffen der Rede des Führers der Sowjetdelegation und der sensationellen Erklärungen der amerikanischen Staatsmänner von vielen als Versuch aufgefaßt wurde, die bevorstehende Rede Wyschinskis zu neutralisieren, das Interesse der Weltöffentlichkeit an ihr zu „dämmen“ und den Atomrummel aufzupeitschen. Allein diese Berechnungen gingen fehl.

Was die unmittelbare Reaktion auf die verspätete Einsicht der amerikanischen Politiker betrifft, daß die Sowjetunion tatsächlich über die Atomwaffe verfügt, erwies sie sich als das gerade Gegenteil jener Wirkung, die von Washington erwartet wurde. Die allgemeine Stimmung, die an jenem Tag in den Kreisen der Vollversammlung herrschte, fand ihren zutreffenden Ausdruck im Munde eines französischen Journalisten. Er sagte:

„Die Sowjetunion hat eine Abwertung der amerikanischen Atombombe vorgenommen.“

Den amerikanischen Politikern mißfiel auch der Versuch, das allgemeine Interesse für die Rede des Außenministers der Sowjetunion herabzumindern. In dem Augenblick, da A. J. Wyschinski auf der Tribüne erschien, war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Die Delegationen aller Länder waren vollzählig auf ihren Sitzen versammelt — eine Erscheinung, die man während des ganzen Tagungsverlaufs noch nie zu sehen bekommen hatte. Nicht einen freien Platz gab es in den seitlichen Sektoren und im Hintergrund des Amphitheaters, diesen für das Publikum eingeräumten Saalabschnitten. Zum erstenmal seit der feierlichen Eröffnung der Tagung zeigten sich auch sämtliche Plätze auf der Pressegalerie besetzt.

Der von anhaltendem Beifall begrüßte Führer der Sowjetdelegation bot in seiner Rede vor allem eine genaue Analyse der gegenwärtigen Weltlage. A. J. Wyschinski enthüllte die wahren Ziele des knechtenden Marshallplans und des aggressiven Nordatlantischen Vertrags, legte das Wesen der englisch-amerikanischen Machenschaften in der UNO bloß, die auf eine Schwächung und Untergrabung der UNO abzielen, führte niederschmetternde Tatsachen an über den Verwesungsprozeß der kapitalistischen Welt, die in eine neue Wirtschaftskrise absackt, sowie Tatsachen über das wütende Wettrüsten, das die englisch-amerikanischen Anwärter auf die Weltherrschaft betreiben. A. J. Wyschinski charakterisierte die verderbliche Politik der Feinde internationaler Zusammenarbeit und erklärte:

„Die USA und Großbritannien wie auch einige andere Länder, die im Fahrwasser des englisch-amerikanischen Blocks treiben, verfolgen diametral entgegengesetzte Ziele: nicht Zusammenarbeit und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen unter den Völkern, sondern Untergrabung dieser Zusammenarbeit, Bildung militärischer aggressiver Staatenblocks, Vorbereitung eines neuen Krieges.“

Im Auftrag der Sowjetregierung, die treu an ihrer Stalinschen Politik der Verteidigung des Friedens und der Sicherheit der Völker festhält, stellte A. J. Wyschinski konkrete und exakte Anträge auf Verurteilung der von den imperialistischen Mächten betriebenen Vorbereitung zu einem neuen Krieg, auf das Verbot der Atomwaffe und auf den Abschluß eines Paktes zwischen den fünf Großmächten zur Festigung des Friedens. Diese Anträge wurden von allen aufrichtigen Anhängern einer ehrlichen internationalen Zusammenarbeit mit Begeisterung angenommen und riefen bei den auf der Sitzung der Vollversammlung Anwesenden lang anhaltende Beifallstürme hervor.

So hat denn auf dieser Tagung, wie auch auf sämtlichen vorhergegangenen, nur die Sowjetunion ihre machtvolle Stimme für die Verteidigung des Friedens und gegen die verbrecherischen Pläne der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter erhoben. Nur die Sowjetunion hat durch Taten, nicht durch Worte, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Ländern dargetan und ein konstruktives Programm zur Sicherung des Friedens in aller Welt aufgestellt, was ja die Hauptaufgabe der UNO darstellt, eine Aufgabe, an deren Lösung die gesamte Menschheit zutiefst interessiert ist. Dieses Programm wurde von den Delegationen der Ukrainischen SSR, der Bjelorusischen SSR, Polens und der Tschechoslowakei nachdrücklich unterstützt.

So wurden die Regierungen der USA und Großbritanniens haarscharf vor die Frage gestellt, ob sie an der Sicherung des Friedens mitzuarbeiten wünschten, eine Frage, vor deren Beantwortung sie sich nicht werden drücken können, ohne sich endgültig zu diskreditieren, ohne sich abermals in den Augen der eigenen Völker und der Völker anderer Länder als böswillige, sich mit demagogischen Phrasen tarnende Feinde der Sache des Friedens und der UNO selbst zu entlarven.

Die Rede des Hauptes der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinskis, auf der Plenarsitzung am 23. September und die im Auftrag der Sowjetregierung von ihm eingebrachten Anträge warfen alle Berechnungen des englisch-amerikanischen Blocks über den Haufen, die Vollversammlung von der Behandlung der wichtigsten Fragen unserer



Zeit abbringen zu können. Nach Ansicht der meisten Beobachter kamen die sowjetischen Anträge für die Führer jenes Blocks völlig unerwartet. Die Zeitung „New York Times“ meldete, Acheson und Bevin hätten diese Anträge am gleichen Tage während einer „langwierigen Beratung“ in den Wandelgängen der Vollversammlung durchgesprochen. Welches die Ergebnisse dieser und der nachfolgenden Beratungen gewesen sind und wie sich die Taktik der amerikanischen und der englischen Delegation gestalten wird, dürfte die allernächste Zukunft in vollem Maße klarstellen. Einstweilen sprechen überzeugende Merkmale dafür, daß jene Mächte zwar nicht offen gegen die Anträge der Sowjetunion, die in der ganzen Welt machtvollen zustimmenden Widerhall gefunden haben, aufzutreten wagen, daß sie aber in der den Monopolen dienstbaren Presse Auslassungen inspirieren, deren Aufgabe die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf eine Ablehnung jener Anträge ist, sobald erst einmal die Abstimmungsmaschine auf der Vollversammlung ins Rollen kommt.

Auf die wahren Absichten der amerikanischen und der britischen Delegation werfen auch böswillige, sowjetfeindliche Reden Bevins und des kanadischen Außenministers Pearson vom 26. September ein bezeichnendes Licht. Ohne ein einziges Wort über das Wesen der sowjetischen Anträge zu verlieren, trachteten sie, sie auf jede Art anzuschwärzen und als „propagandistisch“ hinzustellen — ein beliebter Trick der Feinde internationaler Zusammenarbeit, sooft sie aus irgendeinem Grunde sich scheuen, ihre Karten alsogleich aufzudecken!

Die sowjetischen Anträge wurden dem Ersten (Politischen) Ausschuß zur Prüfung übergeben, der seine Arbeit bereits in Lake Success, dem ständigen Stabsquartier der UNO, begonnen hat. Dort haben auch die übrigen Ausschüsse der

Vollversammlung am 27. September ihre Tätigkeit aufgenommen, und zwar die Ausschüsse für Wirtschafts- und Finanzfragen, für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen, für Vormundschaftsfragen, ferner die Ausschüsse für Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen und für juristische Angelegenheiten.

Zu dem Chor der Verleumder, die alle Hebel in Bewegung setzten, um in der Vollversammlung eine sowjetfeindliche Atmosphäre zu schaffen, gesellte sich auch der Delegierte der Kuomintang, der in der UNO nicht das chinesische Volk, sondern ein Häuflein zugrunde gehender Reaktionäre vertritt. Dieser Quasi-Repräsentant trat schon nach Bestätigung der Tagesordnung und nach Beendigung der allgemeinen Diskussion mit der Absicht hervor, gegen die Sowjetunion absurde und unbegründete „Anklagen“ zu erheben: wegen angeblicher Verletzung ihres Vertrags mit China vom Jahre 1945. Es läßt sich unschwer erraten, auf wessen Befehl und aus welchem Grunde auf der Vollversammlung plötzlich derartige „Angelegenheiten“ auftauchen.

Doch kann der bestialische Haß der Reaktionäre aller Spielarten und Schattierungen gegen die Sowjetunion, gegen ihre friedliebende Politik das Lager des Friedens und der Demokratie nicht schwächen, noch auch die Kraft der sowjetischen Anträge unterbinden. Im Gegenteil, diese Kraft wird wachsen, denn die Völker aller Länder, die eine bessere Zukunft anstreben und für den Sieg fortschrittlicher und echt demokratischer Ideen kämpfen, können gegenwärtig klarer als je erkennen, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Und den englisch-amerikanischen Politikern wie auch ihren Handlangern wird es nicht gelingen, vor der öffentlichen Beantwortung der Grundfrage auszukneifen:

„Seid ihr für oder gegen den Frieden?“  
New York, im September 1949.

## Die Goethefeiern in Deutschland

I. ANISSIMOW

UNLÄNGST feierte die ganze Welt die 200. Wiederkehr des Geburtstags Johann Wolfgang Goethes. Das Andenken dieses großen Menschen wird von der gesamten fortschrittlichen Weltöffentlichkeit geehrt. Die demokratischen Kräfte im Nachkriegsdeutschland haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die Goethefeier als Volksfest der Kultur, der Demokratie und des Friedens zu begehen. In Weimar, der Geburtsstadt Goethes, wie in der ganzen sowjetischen Besatzungszone

finden Feiern statt, zu denen ausländische Gäste, darunter auch sowjetische, geladen wurden.

Der Kampf um das Erbe Goethes entbrannte jedoch schon lange vor dem Jubiläum. In den USA wurde der freche Versuch unternommen, Goethe zu „amerikanisieren“, den Namen und den Ruhm des großen Schriftstellers für die finsternen Ziele des von den amerikanischen Imperialisten geführten internationalen Lagers der Reaktion zu mißbrauchen. Die amerikanischen Obskuranten



beschlossen, eine Schlacht um Goethe zu liefern. Wie weit ihre Ansprüche gingen, davon gibt der von ihnen Mitte Juli im Städtchen Aspen in Colorado einberufene „Goethekongreß“ eine Vorstellung. Sein Ziel war der Nachweis, daß Goethes Schaffen den fortschrittlichen Kräften des heutigen Deutschland nicht dienstbar sein könne. Der heruntergekommene deutsche Professor Ernst Robert Curtius zerrte in seinem Vortrag Goethe ins Mittelalter zurück. Karl Reinhardt, ein anderer amerikanisierter deutscher Professor, hielt einen pseudowissenschaftlichen Vortrag über Goethe, dessen ausgeklügelter Inhalt schwerlich wiederzugeben wäre.

Der Nebel wurde speziell dazu verbreitet, um den Sitzungen einen apolitischen Anstrich zu geben. In Wirklichkeit war dies ganze Unternehmen, für das man mit Dollars nicht gekargt hatte und hinter dessen Kulissen sich Herbert Hoover betätigte, durch die zynische Politik der Wall Street diktiert.

Das amerikanische Programm war folgendermaßen beschaffen. Vor allem wurde Goethe zu einem Erzkosmopoliten gestempelt. Sein ganzes Schaffen und sein soziales Wirken seien angeblich von der Idee einer „Weltregierung“ durchdrungen gewesen, die ihn unablässig beherrscht habe. Dies erklärte Robert M. Hutchins, Rektor der Universität Chikago. Sodann wurde verkündet, Goethe habe sein Leben lang einzig danach gestrebt, Amerikaner zu werden, und die Unmöglichkeit der Verwirklichung dieser Absicht habe sich bitter auf sein Geschick ausgewirkt. Eine Rede über das Thema „Goethe und Amerika“ wurde in Aspen von dem Dekadenzschreiberling Thornton Wilder geschwungen.

Solchermaßen ward Goethe „amerikanisiert“. Hiernach nimmt es nicht wunder, daß die von Mr. Hoover gemieteten Kunstforscher im Namen Goethes die USA-Politik in Deutschland vollauf billigten. Ein gewisser Mr. Hocking von der Harvard-Universität bekam es fertig, folgenden Rat für die heutigen Deutschen „aus Goethe abzuleiten“: sie sollten dulden, sich mit „christlichen Idealen“ trösten und den „Willen“ zu schätzen lernen, „im Schöpfungsakt zu leiden“.

Professor Fairley, einer der Obskuranten, die sich in Aspen als Redner produzierten, sagte geradeheraus, es sei Aufgabe der Veranstalter des Kongresses, Goethe dem reaktionären Lager einzuverleiben und nicht zuzulassen, daß die „Marxisten“ sich seines Erbes bemächtigten. Infolge seiner Ignoranz hat dieser Pseudowissenschaftler keine blasse Ahnung davon, daß er mit seinen Bemühungen zumindest um ein Jahrhundert zu spät kommt. Denn vor mehr als hundert Jahren trat Engels mit seiner genialen Goethekonzeption

hervor. Engels enthüllte die inneren Widersprüche im Schaffen des großen Dichters. Wie er zeigte, vollzog sich in diesem „ein fortwährender Kampf zwischen dem genialen Dichter, den die Misère seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrnkind, resp. Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen“. Auf Grund der Konzeption Engels' erschließt die marxistische Wissenschaft all das wahrhaft Progressive und Große in Goethes Werken. Eben deshalb ist es genau so unmöglich, „Goethe den Marxisten abzurufen“, wie es unmöglich ist, ihn dem Volk zu entreißen.

Zum Glück für die deutsche Kultur, wurde das Colorado-Programm bloß auf einem geographisch begrenzten Gebiet verwirklicht. Die 200-Jahre-Feiern des Geburtstags Goethes, die in Weimar und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands stattfanden, waren ein wahres Kulturfest, dem der Hexensabbat in Colorado bloß als eine der fälligen Äußerungen bourgeoiser Barbarei gegenübersteht.

\* \* \*

Im Festschmuck sahen wir die Stadt Goethes, wo er den größten und wichtigsten Teil seines Lebens zugebracht hat, die Stadt, die so viele mit seinem Wirken verbundene Reliquien aufbewahrt. Allerwärts flatterten Nationalfahnen. Sehr viele Gäste waren herbeigereist. In Weimar versammelte sich die Blüte der fortschrittlichen deutschen Intelligenz. Festversammlungen, Goethe gewidmet, fanden im Deutschen Nationaltheater mehrere Tage hindurch statt. Am Jubiläumstag selber versammelte sich die Stadtbevölkerung zu einer großen Kundgebung. Die Jugend veranstaltete Fackelzüge. Es herrschte Feststimmung.

All dies ähnelte durchaus nicht den für das alte Deutschland typischen bürokratischen und langweiligen akademischen Zeremonien. Goethe wurde 1949 als Lebender, als Zeitgenosse aufgefaßt. An ihn wandte man sich um Rat, bei ihm suchte und fand man Antwort auf die brennenden Fragen des heutigen Lebens.

Einen mächtigen Aufschwung erfuhren in diesen Tagen die Ideen der Einheit Deutschlands, die außerordentliche Bedeutung für die Gegenwart haben und in Goethes Schaffen sehr markant zum Ausdruck kommen. Viele andere positive Seiten der reichen Geisteswelt Goethes wurden in diesen Tagen dem Volk erschlossen. Dazu trug das fortschrittliche Geisteschaffen Deutschlands sehr viel bei. In dem Manifest zur Goethefeier der deutschen Nation, das der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands herausgab, hieß es:



„... Wir verehren an Goethe den echten Humanismus... Wir sind Goethe nahe verwandt in dem Streben nach Höherentwicklung der Menschheit, nach ihrer Befreiung aus Not, Unterdrückung, Dumpfheit und Enge. Wir verehren an Goethe den unstillbaren Drang nach Erkenntnis der Wirklichkeit.“

Goethes lebendige Verbundenheit mit der Gegenwart offenbarte sich vortrefflich in jener Sitzung im Deutschen Nationaltheater zu Weimar, wo nach der ausgezeichneten Rede Wilhelm Piecks die erstmalige Verleihung der neu gestifteten alljährlichen Nationalpreise für hervorragende Werke aus Wissenschaft, Kunst und Literatur sowie für Errungenschaften auf dem Gebiete der Technik erfolgte.

Die besten Vertreter des demokratischen, friedliebenden Deutschland zogen an den Versammelten vorüber. Erfinder und Ingenieure; der Häuer Adolf Henneke, den man als „deutschen Stachanow“ bezeichnet, und seine Nacheiferer; Gelehrte verschiedener Generationen und verschiedener Bereiche der Wissenschaft; Bühnen- und Filmschauspieler, Musiker; Schriftsteller, unter denen wir Herbert Eulenberg, Johannes R. Becher und den alten, doch jugendfrischen Bernhard Kellermann sowie den jungen Dichter Kuba erblickten. Diese Einbeziehung der erhabenen, lichten und mannigfaltigen Gegenwart in das Jubiläum des großen deutschen Dichters war durchaus am Platz. Ist dies doch die beste Gabe, die ihm dargebracht werden konnte!

Der Dichter Johannes R. Becher, Präsident des Kulturbunds, hielt den Hauptvortrag der Feiern. Zwei Momente in dieser Rede waren besonders eindrucksvoll. Becher betonte die Aktualität dessen, was Goethe über die Einheit Deutschlands gesagt hat; nicht minder zeitgemäß klang sein Aufruf an Deutschlands vorgeschrittene Jugend, Goethes Vermächtnis zu hüten und zu verwirklichen, es im entschlossenen Kampf gegen die finsternen Kräfte des Faschismus und der Reaktion in die Tat umzusetzen.

Die Teilnehmer der Jubiläumsfeiern und alle, die in diesen Tagen Weimar besuchten, weilten an vielen Stätten, die mit Goethes Namen verknüpft sind. Alles war behutsam und achtsam aufbewahrt worden. Wir hatten mehrmals Gelegenheit, aufrichtige Danksagungen an die Sowjetarmee und an die Mitarbeiter der Sowjetischen Militärverwaltung für jene außerordentliche Aufmerksamkeit gegenüber den historischen Denkmälern der deutschen Kultur zu hören, die sie vom ersten Tag ihres Weimarer Aufenthalts an bekundeten.

In vollständiger Unversehrtheit, in tadelloser Ordnung sahen wir das in ein Museum umgewandelte Goethehaus mit seiner ganzen Einrichtung, wir sahen Goethes kleine, enge, bescheiden möblierte Arbeitszimmer. Wir sahen eine Menge

Reliquien und Dokumente von ungewöhnlichem historischem Wert; das berühmte Gartenhaus Goethes in der Nähe des Parks mit der ganzen Einrichtung seiner wenigen, recht düsteren Zimmer; das Schillerhaus und schließlich das Goethe- und Schillermuseum, eine imposante Einrichtung, wo Manuskripte dieser Schriftsteller, kolossales Archivmaterial sowie ihr Briefwechsel zusammengefaßt sind. Man muß feststellen, daß während der ganzen Existenzzeit dieses Museums seine Bestände nicht wirklich untersucht worden sind, und man kann jetzt viele sehr interessante Entdeckungen auf einem Gebiet erwarten, das schon in jeder Richtung erforscht zu sein schien.

An einem trüben Herbstmittag erfolgte die Kranzniederlegung an Goethes Grab. Viel Volk und Delegationen mit frischen Kränzen versammelten sich an der sogenannten Fürstengruft. Goethes Sarkophag befindet sich unten in einem engen Gewölbe, in das nur wenige hinabsteigen konnten, um einen Kranz niederzulegen und in das am Sarkophag aufgestellte Mikrophon einige Worte zu sprechen. Beim Anhören dieser kurzen Reden konnte man abermals spüren, wie nahe Goethe den fortschrittlichen Kräften der Gegenwart ist.

Zum Programm der Jubiläumsfeiern gehörten Darbietungen des Deutschen Nationaltheaters, das einen großen Teil der Bühnenwerke Goethes zur Aufführung brachte. Insbesondere wurden beide Teile des „Faust“ fast ohne Kürzungen in zwei abendfüllenden Vorstellungen aufgeführt. Diese grandiose Inszenierung zeugte von dem großen Aufschwung der Bühnenkultur in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Die ausländischen Delegierten, die den Jubiläumsfeiern beiwohnten, sprachen auf einer festlichen Tagung unter dem Motto: „Die Welt ehrt Goethe.“ Sie fand in der Weimarahalle statt. Es sprachen Persönlichkeiten des sowjetischen Kulturlebens, Vertreter Polens, der Tschechoslowakei und anderer Länder der Volksdemokratie sowie Gelehrte und Schriftsteller aus Belgien und England. Diese Tagung war höchst bedeutsam, da sie sehr überzeugend zeigte, daß das fortschrittliche, demokratische Lager in der ganzen Welt der wirkliche Erbe Goethes ist, der alle Reichtümer seiner vorgeschrittenen Ideen zu erschließen und gegen Fälscher zu schützen vermag.

\* \* \*

In den Tagen der Goethefeiern besuchte die Sowjetdelegation das große Eisenhüttenwerk Maxhütte, das 70 Kilometer von Weimar entfernt ist. Dort kamen die Teilnehmer der Jubiläumsfeiern mit einer großen Arbeiterhörerschaft zusammen. Rund 1500 Personen versammelten sich. Es sprachen nicht nur die Gäste — sowjetische



und deutsche Schriftsteller —, sondern auch die Herren des Werks: Arbeiter und Ingenieure, zu denen Nationalpreisträger gehörten. Diese Reden zeigten, wie tief und bedeutsam die demokratischen Umbildungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands sind. Die Arbeiterklasse ist eine feste Stütze dieser Errungenschaften.

Die Arbeiter der Maxhütte sprachen über ihr Interesse für Goethes Werke und beklagten zugleich, daß das deutsche Volk, besonders die Jugend, mit den Werken des eigenen Klassikers ungenügend bekannt ist.

Wir konnten unseren Zuhörern mitteilen, daß in unserem Lande seit Bestand der Sowjetmacht Werke Goethes in einer Gesamtauflage von 700 000 Exemplaren, in den Sprachen von 11 Völkern der Sowjetunion herausgegeben wurden. In russischer Sprache gibt es eine große Ausgabe von gesammelten Schriften Goethes, die seine Werke in hervorragenden Übersetzungen sowie ausgewählte Briefe enthält. „Faust“ erschien in 22 sowjetischen Ausgaben und in 8 Sprachen. Es gibt 5 Ausgaben der „Leiden des jungen Werthers“, 4 Ausgaben des „Götz von Berlichingen“ und 8 Ausgaben der Lyrik Goethes. Es gibt sogar eine „Faust“-Ausgabe in Blindenschrift.

Man sprach in dieser großen Arbeiterversammlung darüber, wie sich die deutsche Kultur unter den neuen Verhältnissen entwickelt. Jungarbeiter äußerten, wie froh sie sind, daß die neuen Zustände ihnen den Weg zum Wissen, zur Kultur auftun.

Wir Sowjetmenschen hörten in dieser Versammlung mit großer Genugtuung, daß Nikolai Ostrowskis Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ ein Lieblingsbuch vieler junger Deutscher ist.

Die Vertreter der Werkjugend sagten: „Wir lernen, nach diesem Buch zu leben und zu arbeiten. Wir lernen, unser neues Leben aufzubauen, wir lernen Hingabe an die große Idee des Sozialismus.“

Übrigens hörten wir dies nicht nur in der Versammlung der Maxhüttearbeiter...

Von den vielen Begegnungen und Versammlungen, die mit dem Goethejubiläum verbunden waren, sei die große Versammlung in Jena hervorgehoben, der mehr als 1000 Personen beiwohnten, vorwiegend Arbeiter der Optischen Werke (der vormaligen Zeißwerke), die vollständig wiederhergestellt und wie alle Werke der Sowjetzone in Betrieb sind. In dieser Versammlung sprachen nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch eine Reihe Professoren der mit den Namen Goethe und Schiller eng verbundenen Jenaer Universität. Manche dieser Professoren sind vor ganz kurzer Zeit aus Trizonien nach Jena übergesiedelt.

Nebenbei bemerkt, ist das jetzt eine nicht nur bei Professoren verbreitete Erscheinung.

In dieser Versammlung sprachen die Arbeiter und die Wissenschaftler nicht nur über Goethe. Sie sprachen auch über die ersprießlichen Resultate ihrer Zusammenarbeit, eine Folge der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands verwirklichten demokratischen Umgestaltung. Sie sprachen über den Frieden, den die amerikanischen Imperialisten zu verletzen drohen. Sie sagten, sie würden die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion als höchstes Gut hüten, und niemals würden sich die Deutschen zum Kanonenfutter für die amerikanischen Imperialisten hergeben.

Am 1. September, am zehnten Jahrestag des hitlerfaschistischen Überfalls auf Polen und des Kriegsbeginns in Europa, fanden bekanntlich in Berlin und in der gesamten sowjetischen Besatzungszone mächtige Volksdemonstrationen zum Schutz des Friedens statt. Die Versammlung in Jena, gleich allen anderen Versammlungen, denen beizuwohnen wir Gelegenheit hatten, bezeugte, daß die deutschen Volksmassen verstehen, wohin die Umtriebe der amerikanischen Imperialisten führen.

Das ganze vorgeschrittene Deutschland siedete in diesen Tagen vor Haß gegen die Kriegsbrandstifter. Goethe und die Friedensbewegung erwiesen sich als eng verbunden.

So verwandelt sich ein Bericht über das Goethejubiläum naturgemäß in einen Bericht über das gegenwärtige Deutschland. Dies historische Jubiläum verschmolz mit den aus dem Heute geborenen Bestrebungen der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volks.

\* \* \*

Einen krassen Kontrast dazu bildeten die Goethetage in Trizonien, die nach dem Rezept aus Colorado durchgeführt wurden. Dort amerikanisierte man sowohl Goethe als auch das Gedenken an ihn. Man brachte Schlipse mit Goethes Porträt sowie Fleischkonserven heraus, die nach ihm benannt wurden; in München verstieg man sich zu dem Einfall, wüste Wettkämpfe zu veranstalten, in denen Schwergewichtler Goethes Bronzestatue „stemmten“. Das Andenken Goethes wurde gelästert.

In Frankfurt wurden indessen Goethepreise verliehen, doch nicht an die Besten des demokratischen Deutschland, sondern an solchen dekadenten Abfall wie den französischen Schriftsteller André Gide oder an José Ortega y Gasset, einen Francophilosophen, der die verabscheuungswürdige menschenfeindliche „Idee“ predigt, die meisten Völker der Welt müßten sich den „auserwählten Nationen“ demütig unterwerfen.



Die Blätter Trizoniens wiederholten nicht nur die im Staat Colorado zubereiteten dummen und böswilligen Erdichtungen, sondern veröffentlichten alberne und beleidigende Pseudoforschungen, etwa die, welche Bedeutung in Goethes Leben sein Geschmack für Weinsorten gespielt habe.

Diese kitschige, klägliche und nichtige „Goetheforschung“ suchte das Charakterbild des großen Schriftstellers zu verzerren und nicht zuzulassen, daß die Volksmassen aus dem Born seiner Ideen zu schöpfen vermögen. Diese kläglichen Versuche entlarvten nur die schmachvolle Rolle der

westdeutschen Dollarlakaien. Sie enthüllten die Fäulnis der bürgerlichen Mentalität, ihre Feindseligkeit gegen wirkliche Kultur und gegen die Interessen der Menschheit.

Die Goethefeiern in Ostdeutschland zeigten, daß das fortschrittliche, demokratische Lager in der ganzen Welt der zuverlässige Schutz und die sichere Stütze der Kultur ist. Den Colorado-Obisuranten und ihren deutschen Mietlingen ist es ebenso unmöglich, das Andenken Goethes zu diskreditieren, wie es dem imperialistischen Lager unmöglich ist, die menschliche Kultur zu vernichten.

## GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

### Ägyptische Märchen, englisch vertont

Die ägyptische Wirtschaft macht eine schwere Krise durch. Besonders leidet die Textilindustrie. Betriebe schließen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Elend und Hunger werden zum Los Hunderttausender von Werktätigen. Zur Erklärung der Ursache eines so bedrückenden Zustands ist den ägyptischen regierenden Kreisen nicht Gescheitertes eingefallen als der Versuch, die Schuld auf — die Sowjetunion abzuwälzen.

Am 15. September erklärte das Regierungsblatt „Al Assas“, die Krise der Textilindustrie Ägyptens sei durch russische Textilwaren hervorgerufen, die angeblich die einheimischen Waren verdrängen und so zu Betriebssperrungen führen. Das Blatt fügte vielsagend hinzu, die ägyptische politische Polizei befasse sich unter Leitung ihres Chefs, des Obersten Mohammed Imam Bey, im Auftrag des Ministerpräsidenten mit der Untersuchung dieser Angelegenheit. Sie habe eine wichtige Tatsache festgestellt: „In letzter Zeit sind fast eine halbe Million Meter russischer Textilwaren im Hafen Alexandria eingetroffen.“

„Al Assas“ glaubte, den verkrachten ägyptischen Machthabern helfen zu können, trockenen Fußes, wie man sagen könnte, durchs Rote Meer zu waten. Indes kam hierbei nichts heraus. Die Zeitung „Al Ahram“ meldete am nächsten Tag, „Al Assas“ decke einfach diejenigen, die an der in Ägypten entstandenen Situation tatsächlich schuld sind. „Al Ahram“ schrieb:

„Die russischen Waren treffen bei uns auf den üblichen Wegen ein. Ägypten braucht alljährlich 214 Millionen Meter Webstoff. Deshalb übt die Einfuhr einer geringen Menge russischer Textilwaren keinerlei Einfluß auf den Markt aus...“

Wie in lokalen Geschäftskreisen festgestellt wird, stehen hinter der sowjetfeindlichen Kampagne, die von der Zeitung „Al Assas“ begonnen

wurde, britische Geschäftemacher, die mit der Textilindustrie Englands verbunden sind.

Die herrschende Stellung der britischen Textilmonopole auf dem ägyptischen Markt ermöglicht ihnen, wie „Al Kotla“, eine andere ägyptische Zeitung, feststellt, minderwertige Waren zu hohen Preisen abzusetzen, wobei die ägyptische Regierung „nicht mit den Interessen der erdrückenden Mehrheit des ägyptischen Volks rechnet“. „Al Kotla“ teilt mit, daß die britischen Geschäftemacher schon im Vorjahr mit Hassan Mochtar Rasmi Pascha, dem Vertreter der ägyptischen Firma Mahalla Textile Company, ein schmutziges Abkommen getroffen haben, nämlich

„allmählich die ägyptische Textilindustrie zu zerstören, damit die Kapitalisten der britischen Textilindustrie noch mehr Waren nach Ägypten ausführen können“.

Demnach ist es klar, wer hinter den Erdichtungen der Zeitung „Al Assas“ steht. Britische und amerikanische Monopole suchen von ihren Satelliten die Hintertreibung des Handels mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie zu erreichen. Durch Verbreitung schmutziger Verleumdung wollen sie die öffentliche Meinung gegen Handelsbeziehungen zur Sowjetunion aufbringen. Die Tatsache, daß sich das Regierungsblatt mit der Verbreitung provokatorischer Gerüchte befaßt, zeugt von dem Druck, den die britischen Geschäftemacher und ihre ägyptischen Kompagnons auf die Regierung Ägyptens ausüben. Ihnen mißfällt es sehr, daß Ägypten die Vorteile eines Handelsabkommens mit der Sowjetunion genießt, welches auf dem Prinzip der Meistbegünstigung beruht, im März des Vorjahres abgeschlossen und im Mai des laufenden Jahrs bestätigt worden ist.

I. Podkopajew



## KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

## Eine täppische Anwältin des aggressiven Blocks

N. JEWGENJEW

**D**AS Zustandekommen des aggressiven Nordatlantischen Vertrags war begleitet von der Verbreitung einer beträchtlichen Menge propagandistischer Spezialliteratur, deren Zweck darin besteht, das Vorgehen der Imperialisten zu rechtfertigen und die öffentliche Meinung zum Glauben an die schönen Ziele und guten Absichten des von ihnen geschaffenen Blocks zu zwingen. Als kennzeichnendes Beispiel für die ziemlich plumpe Arbeit auf diesem Gebiet mag die Broschüre einer gewissen Marina Salvin, „Der Nordatlantikpakt“, dienen, die vom sogenannten „Carnegie-Fonds zum Schutz des internationalen Friedens“ veröffentlicht worden ist. Dieses Elaborat ist in der periodischen Publikation „Internationale Ausöhnung“ (International Conciliation) in Nummer 451 vom Mai 1949 abgedruckt.

Welch hohe Bedeutung dieser Broschüre beigemessen wird, ist aus dem Vorwort ersichtlich, das vom Präsidenten des Carnegie-Instituts, James T. Shotwell, stammt. Er unterstreicht die Bedeutung, die der Popularisierung des Nordatlantischen Vertrags zukomme, und erklärt, es sei notwendig, die öffentliche Meinung in entsprechender Weise über die Verpflichtungen zu unterrichten (lies: zu betrügen), die auf Grund des Vertrags übernommen wurden, wie auch über die Gründe, die ihn ins Leben riefen. Shotwell betont mit verdächtiger Hartnäckigkeit, die von ihm empfohlene Broschüre sei „keine Arbeit propagandistischen Charakters, sondern eine unvoreingenommene Untersuchung der Tatsachen“.

Der Inhalt der Broschüre zeugt vom geraden Gegenteil. Zunächst macht die scheinobjektive Verfasserin die wütendsten sowjetfeindlichen Verleumdungen zum Mittelpunkt ihres Traktats. Da sie offenbar der eigenen Begabung nicht allzu sehr vertraut, zitiert sie fleißig dermaßen patentierte Verleumder wie den Exgeneral John R. Deane, wie Robert E. Sherwood, die Hetzschrift James F. Byrnes' „Offen gesagt“ und dergleichen mehr.

Marina Salvin steht auf dem Standpunkt, daß eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit der Sowjetunion

unmöglich wäre. Und die grobe Verletzung der übernommenen internationalen Verpflichtungen durch den englisch-amerikanischen Block sucht sie als eine gewisse „unterschiedliche Auslegung“ der Beschlüsse von Jalta und Potsdam hinzustellen.

Hauptzweck der Broschüre ist das Streben, die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus zu rechtfertigen. Auf Schritt und Tritt jedoch verspricht sich die Autorin und läßt das wahre Antlitz dieser Politik aufscheinen.

So entlarvt Marina Salvin die Tarnungszwecken dienende Phraseologie der Urheber des Marshallplans. Sie schreibt:

„Der Marshallplan hat die Aufgabe, den sowjetischen Einfluß zu beseitigen. Unter solchen Umständen sind die späteren Erklärungen, der Sowjetunion stehe der Beitritt zum Marshallplan frei, kaum in der Erwartung abgegeben worden, daß sie angenommen werden könnten.“

Marina Salvin verrät das Wachstum der aggressiven Appetite Amerikas und den Sinn des Übergangs vom Marshallplan zum Nordatlantischen Vertrag:

„Senator Saltonstall beantragte die Unterstützung des Marshallplans durch Waffengewalt.“

Die Vorbereitung des Nordatlantikpakts durchschritt bestimmte Stadien. Voran ging ihm eine Reihe von Blockbildungen, die hernach zum Gesamtsystem eines militärischen Bündnisses imperialistischer Staaten unter Vorherrschaft der Vereinigten Staaten verschmelzen sollten.

Der Europäische Rat, der Brüsseler Pakt mit seinem vereinigten militärischen Stab in Fontainebleau, der interamerikanische Vertrag zur Verteidigung der westlichen Hemisphäre, der am 2. September 1947 in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde, bildeten, wie Marina Salvin zugibt, den „unmittelbaren Hintergrund“, von dem sich hernach das „solidere“ Gebäude des Nordatlantischen Vertrags abhob. Ungeachtet mancher Verschiedenheiten im Wortlaut, ist in allen angeführten Bündnisverträgen die Einbeziehung ihrer Teilnehmer in eine Aggression nach dem Willen der Washingtoner Politiker vorgesehen. Nach dem in Rio de Janeiro unterzeichneten Pakt werden alle amerikanischen Staaten in den Krieg hineingezogen, wenn es den Vereinigten Staaten beliebt, einen Krieg zu entfesseln. Zum Anlaß für den

International Conciliation. May 1949, No. 451. The North Atlantic Pact. By Marina Salvin. Carnegie Endowment for International Peace.



Eintritt in einen Krieg dienen nach den Worten der Autorin:

„1. eine Aggression, die keinen bewaffneten Überfall darstellt; 2. ein außer- oder innerkontinentaler Konflikt; 3. jede beliebige andere Tatsache oder Situation, die den Frieden in Amerika gefährden kann.“

Das bedeutet praktisch, daß die Hauptmacher in den Vereinigten Staaten den erstbesten Anlaß benutzen können, um alle amerikanischen Staaten in einen Krieg auf ihrer Seite zu verwickeln. Bei solcher Auslegung kann sogar ein Konflikt, der beispielsweise die amerikanischen Besatzungskräfte in Japan betrifft, zum Anlaß dienen, um den Mechanismus des „Riopaktes“ in Bewegung zu setzen.

Der Abschnitt „Charakter und Ziele des Vertrags“ ist der kürzeste in der Broschüre. Die Verfasserin beschränkt sich auf einige wenige Zitate aus dem Text des Vertrags. Das ist durchaus verständlich, denn jeder Versuch, seine Ziele zu analysieren, müßte deren aggressives Wesen bloßlegen. Dieses aggressive Wesen läßt sich ohnehin unmöglich verbergen. Es verrät sich auf Schritt und Tritt. So preist die Verfasserin im Abschnitt „Gegenseitige Hilfe im Vertrag“ diesen dafür, daß er

„keinerlei Verpflichtungen enthält, einen bestimmten Beitrag zu leisten. Mit anderen Worten, jeder Teilnehmer wird hergeben, was er kann; der eine beispielsweise einen Stützpunkt, der andere Feuerwaffen, der dritte Soldaten, andere wiederum wichtige Rohstoffe.“

Welch idyllisches Bild! Der Beitritt zum Pakt bringt, wie sich zeigt, keinerlei bestimmte Verpflichtungen mit sich: — außer der Lieferung von Kanonennutter und der Bereitstellung von Stützpunkten für den Raubkrieg der amerikanischen Aggressoren!

In die peinlichste Lage gerät die Anwältin des Nordatlantischen Vertrags beim Versuch, seine Vereinbarkeit mit den Verpflichtungen nachzuweisen, die für die Vereinigten Staaten aus ihrer Mitgliedschaft in der UNO erwachsen. Diesem Thema ist in der Broschüre ein ganzer Abschnitt gewidmet: „Der Vertrag und die Satzung der UNO“. Die Autorin gesteht, daß „der Versuch, den Pakt im Lichte exakter Forderungen der Satzung zu rechtfertigen, gewisse Schwierigkeiten hervorruft“, da die Thesen des Vertrags den Forderungen des Artikels 51 der Satzung nicht entsprechen. Dieser Artikel verlangt bekanntlich, daß

„Maßnahmen, die von UNO-Mitgliedern bei der Verwirklichung ... ihres Rechtes auf Selbstverteidigung getroffen werden, unverzüglich dem Sicherheitsrat zu melden sind und auf keine Art die Vollmachten und die Verantwortung des Sicherheitsrates verletzen dürfen.“

Die Autorin gibt auch zu, daß man den Vertrag nicht zu den regionalen Abmachungen rechnen dürfe, die in den Artikeln 52 und 53 der

Satzung vorgesehen sind, denn dort findet sich die Bestimmung, daß

„keinerlei Zwangsaktionen auf Grund ... regionaler Abmachungen oder durch regionale Organe ohne Vollmacht vom Sicherheitsrat unternommen werden dürfen.“

Somit entspricht der Nordatlantische Vertrag keinem einzigen Artikel der Satzung, was die Verfasserin der Broschüre auch zugibt. Und dennoch versteigt sie sich zu der Behauptung, der Vertrag passe in den Rahmen der UNO, er „verletze ihre Satzung nicht“, er stehe in „eigenartiger Wechselbeziehung mit der Satzung“ und bedeute „absolut keine Schwächung für die UNO“. Diese Beteuerungen sind völlig unbegründet, denn zu ihrer Stützung wird nur folgendes Quasi-Argument beigebracht:

„In Wirklichkeit ist das Staatsdepartement zu dem Ergebnis gelangt, daß keine Notwendigkeit bestehe, dem Sicherheitsrat von Präventivmaßnahmen Meldung zu erstatten; es wäre äußerst unrealistisch, Verteidigungsvorkehrungen einer Körperschaft mitzuteilen, der der potentielle Aggressor angehört.“

So ergibt es sich, daß die Autorin ihre eigenen Behauptungen nicht bekräftigt, sondern widerlegt.

Vollends Schiffbruch erleidet die Advokatin des aggressiven Blocks bei der Behandlung der militärischen Seite des Nordatlantischen Vertrags. Sie schreibt:

„... Die europäischen Staaten scheinen hauptsächlich Infanteriedivisionen sowie diese unterstützende Luftwaffeneinheiten in Erwägung zu ziehen, und ihr Hauptinteresse besteht darin, eine Invasion außerhalb der eigenen Grenzen zum Stehen zu bringen.“

Die kasuistische Formel „die Invasion außerhalb der eigenen Grenzen zum Stehen zu bringen“ bedeutet, in die gewöhnliche menschliche Sprache übersetzt, einfach den Einbruch in fremdes Gebiet. Das ist nichts anderes als nicht provozierte Aggression. Und in ihr besteht gerade das Ziel des Nordatlantischen Vertrags.

Die Autorin führt aus der Luft gegriffene Ziffern für die Anzahl der Divisionen an, die die Sowjetunion in Europa stehen habe, und beklagt sich bitter über die Schwäche der Streitkräfte Westeuropas sowie über die Geringfügigkeit der amerikanischen Besatzungstruppen. Marina Salvin jammert, die Teilnehmer des aggressiven Blocks wären vorläufig nicht nur außerstande, anzugreifen, sie könnten sich nicht einmal erfolgreich verteidigen, obschon jedermann weiß, daß die Teilnehmer des Nordatlantischen Vertrags von niemand bedroht werden, außer von den amerikanischen Imperialisten selbst. Und daraus wird die Forderung abgeleitet, der zuliebe eigentlich Machwerke wie das vorliegende honoriert werden: das Wettrüsten sei zu verstärken und die militärischen Ausgaben der marshallisierten Staaten seien ungeniert zu erhöhen. Als nächstliegende Aufgabe



verlangt die Autorin der Broschüre, es sollten demnächst in Westeuropa „dreißig bis vierzig Divisionen“ unter Waffen gestellt werden.

„Derartige Bemühungen sind nur mittels Steuererhöhung oder Vergrößerung des Defizits im Staatshaushalt der USA und mittels intensiver Produktion von Kriegsmaterial möglich.“

Nicht an letzter Stelle in den Berechnungen der Aggressoren steht die Bewaffnung Westdeutschlands und auch „die Organisierung riesenhafter Luftarmaden, die sich, sagen wir, auf Großbritannien und Spanien zu stützen hätten“. Vor allem baut diese Rechnung allerdings auf die Illusion von einem Monopol des imperialistischen Lagers hinsichtlich der Atomwaffe:

„Wenn die Atombombe Anwendung findet, oder wenn die furchtbare Drohung mit dem bakteriologischen Krieg verwirklicht wird, kann die herkömmliche, auf Menschenkraft und Divisionen begründete Kalkulation sehr wohl beträchtlich ins Wanken geraten“.

meint Marina Salvin tiefsinnig, wobei sie gar nicht ahnte, daß diese Illusion verweht sein wird, noch ehe die Druckerschwärze auf ihrem Elaborat getrocknet ist.

Obwohl Marina Salvin keine Kräfte spart, wo sie der „Realisierung des großartigen Traums von der Schaffung einer übernationalen Organisation“ ein Loblied singt, erweist sie sich eigentlich

doch als recht plumpe Anwältin, da sie das aggressive Wesen des Paktes vollkommen bloßstellt und ihn als einen Schritt auf dem Wege zur „Weltregierung“, d. h. zur organisatorischen Herausbildung der Weltherrschaft des amerikanischen Imperialismus definiert.

Die den Lesern als „unvoreingenommene Untersuchung der Tatsachen“ empfohlene Broschüre erweist sich in Wirklichkeit als kennzeichnendes Muster einer zügellosen Kriegshetzerpropaganda.

Kuratoren des „Carnegie-Fonds“, der neben anderen Dingen auch das Machwerk der Marina Salvin veröffentlicht hat, sind John Foster Dulles, Dwight D. Eisenhower und David Rockefeller. Diese Namen sprechen für sich. Die Kriegshetzer knausern nicht mit Dollars, wo es sich um Bearbeitung der öffentlichen Meinung handelt. Die Massenproduktion einschlägiger Erzeugnisse läßt bei der Fertigstellung kein größeres Raffinement zu. Darum erscheint nun eine so grobe Sudelei wie die Salvinsche Broschüre. Ein vernünftiger Mensch, der sie durchliest, kann sich nur von der Tatsache überzeugen, die die Geschäftemacher vom „Carnegie-Fonds“ gerade verhehlen möchten, nämlich: daß der Nordatlantische Vertrag ein aggressiver militärischer Block ist. Gerade darum verurteilen und bekämpfen alle ehrlichen Menschen, alle Friedensanhänger diesen Pakt auf das entschiedenste.

## 23. September

Truppen der chinesischen Volksbefreiungsarmee besetzen Ninghsia (Juntschuan), die Hauptstadt der Provinz Ninghsia.

## 24. September

Der vom Athener Kriegsgericht zum Tode verurteilte bekannte Gewerkschaftsführer Demosthenes Georgiu sendet ein Schreiben an den Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung, den UNO-Generalsekretär, an die Außenminister Englands, Frankreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, ferner an den Generalsekretär der Weltföderation der Gewerkschaften, an die Leiter der Elektrikerverbände Englands und Frankreichs sowie an den Kongreß der Industrieverbände der USA; in dem Schreiben protestiert Georgiu gegen den Terror der Athener Regierung und bittet um Verhinderung seiner Hinrichtung.

In Finnland wird eine faschistische Partei — Keskikansan puolue — gegründet.

# CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September—Oktober 1949

## 25. September

Der Verband italienischer Frauen (L'Unione delle donne italiane) sendet der UNO ein Telegramm, in dem er im Auftrag seiner 1 021 000 Mitglieder und im Namen von Millionen Frauen, die die Friedenspetition unterzeichnet haben, die neuen Friedensvorschläge der Sowjetunion aufs wärmste begrüßt und unterstützt.

In der Tschechoslowakei beginnt eine Woche zum Schutze des Friedens.

In Finnland beginnt eine Kampfwoche für den Frieden.

## 26. September

Die Vollversammlung beschließt, den Antrag der Sowjetunion „Über die Verurteilung der Vorbereitung eines neuen Krieges und über den Abschluß eines Fünfmächtepaktes zur Festigung des Friedens“ als besonderen Punkt in die Tagesordnung der vierten Session aufzunehmen.

In Sofia wird eine Ratssitzung des Internationalen Studentenverbands geschlossen. Der Rat beschloß die Aufnahme einer Reihe fortschrittlicher Studentenorganisationen in den Verband, wählte ein neues Exekutivkomitee und erließ einen Aufruf zum bevorstehenden zweiten Internationalen Studentenkongreß.

In Reggio nell'Emilia (Italien) wird der zweite Landeskongreß der Konföderation der landwirtschaftlichen Arbeiter Italiens geschlossen. Der Kongreß billigte eine Resolution, in der eine Agrarreform und eine Reform hinsichtlich der Bodenverhältnisse gefordert werden. Bei



den Wahlen der leitenden Organe der Konföderation entfielen 74,7 Prozent der Stimmen auf Kommunisten.

## 27. September

Die Politische Konsultative Volkskonferenz Chinas beschließt einstimmig die organisatorischen Statuten des Politischen Konsultativen Volksrats Chinas und der Zentralen Volksregierung Hauptstadt der Republik wird Peking, das wieder seinen alten Namen Peking erhält.

Anläßlich des bevorstehenden Internationalen Friedenstages beginnt in Bulgarien eine Friedenswoche.

## 28. September

Die Sowjetregierung richtet eine Note an die jugoslawische Regierung, in der es heißt: im Hinblick darauf, daß die jugoslawische Regierung schon längere Zeit hindurch eine zutiefst feindliche Wühlätigkeit gegen die Sowjetunion betreibt, zu einem Werkzeug der aggressiven Politik ausländischer imperialistischer Kreise geworden ist und somit den am 11. April 1945 geschlossenen Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit größtenteils verletzt hat, betrachtet sich die Sowjetunion von nun an als der Verpflichtungen ledig, die aus diesem Vertrag erwachsen.

In Moskau trifft eine ungarische Handelsdelegation ein.

In Ungarn wird eine Staatsanleihe des Fünfjahresplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Republik aufgelegt.

Gemäß einer vom 26. September datierten Note der ungarischen Regierung werden 10 Mitglieder der jugoslawischen Gesandtschaft in Budapest als Spione und Provokateure aus Ungarn ausgewiesen.

Die Hohen Kommissare der drei Westmächte in Deutschland fassen Beschluß über eine etwa 20prozentige Abwertung der Westmark.

## 29. September

Die UNO-Vollversammlung beschließt mit den Stimmen des englisch-amerikanischen Blocks, die verleumderische Insinuation der Kuomintang über eine „Bedrohung“ der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Chinas sowie des Friedens im Fernen Osten auf die Tagesordnung der Session zu setzen.

In Oslo wird eine Beratung der Ministerpräsidenten, der Finanz- und der Handelsminister Norwegens,

Schwedens und Dänemarks eröffnet, auf der die nach der Abwertung entstandene Lage erörtert wird.

In Belgien werden die Preise für Milch, Butter, Fleisch und Eier erhöht.

## 30. September

Die Politische Konsultative Volkskonferenz Chinas in Peking beendet ihre Arbeiten, nachdem sie die Volksrepublik China proklamiert und die von Maotsetung geführte Zentrale Volksregierung gewählt hat.

Die ungarische Regierung stellt der jugoslawischen Regierung eine Note zu, in der sie erklärt: im Hinblick auf die feindselige Haltung, die die jugoslawische Regierung seit einigen Jahren gegen Ungarn eingenommen hat, indem sie an Stelle der Verwirklichung freundschaftlicher und dem Verhältnis von Verbündeten entsprechender Beziehungen alles zum Sturz der ungarischen Volksdemokratie tat, erachtet die ungarische Regierung sich aber aus dem am 8. Dezember 1947 geschlossenen ungarisch-jugoslawischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe erwachsenden Verpflichtungen für ledig.

Die polnische Regierung teilt der Regierung Jugoslawiens mit, daß die Regierung Polens sich nicht mehr an den am 18. März 1946 geschlossenen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Hilfe für gebunden erachtet, da die jugoslawische Regierung eine dem polnischen Volk und dem polnischen Staat feindselige politische Wühlarbeit entfaltet. Gleichzeitig fordert die polnische Regierung die Einstellung der feindseligen Befätigung der jugoslawischen Botschaft in Warschau sowie die unverzügliche Ausreise von 8 Angehörigen dieser Botschaft.

In Gudi (Griechenland) wird der bekannte griechische Gewerkschaftsführer Demosthenes Georgiu erschossen.

## 1. Oktober

Die Regierung der Sowjetunion richtet an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs Noten zur deutschen Frage. In diesen Noten wird die Bildung der westdeutschen Separatregierung als Krönung der Politik der Spaltung Deutschlands und Verletzung des Potsdamer Abkommens eingeschätzt; ferner unterstreichen die Noten die außerordentlich ernste Verantwortung der USA-Regierung wegen der von ihr gemeinsam mit

Großbritannien und Frankreich in Deutschland durchgeführten Politik, die unvereinbar ist mit den Interessen der friedliebenden Völker.

Die Zentrale Volksregierung Chinas veröffentlicht eine Deklaration, in der es heißt, daß der Volksbefreiungskrieg in der Hauptsache gewonnen und die Mehrheit der Landesbevölkerung befreit ist. Die Volksregierung erklärt, daß sie die einzige gesetzmäßige Regierung ist, die das gesamte Volk Chinas vertritt, und daß sie zur Herstellung von diplomatischen Beziehungen mit jedweden ausländischen Staat bereit ist, der die Prinzipien der Gleichheit, des beiderseitigen Nutzens und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität befolgen will.

Die bulgarische Regierung gibt bekannt, daß sie sich weiterhin nicht mehr an die Verpflichtungen gebunden erachtet, die aus dem am 27. November 1947 geschlossenen bulgarisch-jugoslawischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe erwachsen, da die jugoslawische Regierung gegen die Bulgarische Republik und das bulgarische Volk eine feindselige Politik betreibt.

Die rumänische Regierung erklärt, daß sie sich wegen der feindseligen Tätigkeit der jugoslawischen Regierung gegen die rumänische Republik nicht mehr an die Verpflichtungen gebunden erachtet, die dem am 19. Dezember 1947 geschlossenen rumänisch-jugoslawischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe entspringen.

In der Tschechoslowakei ist das Markensystem für Brot und Teigwaren aufgehoben. Gleichzeitig ist eine 10- bis 40prozentige Preissenkung für Butter, Fleisch- und Fischkonserven, Tee und andere Nahrungsmittel durchgeführt.

## 2. Oktober

In allen Ländern der Welt wird der Internationale Friedenstag mit grandiosen Demonstrationen und Kundgebungen begangen.

In Beantwortung des Vorschlags der Zentralen Volksregierung Chinas beschließt die Sowjetregierung, diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China herzustellen.

Die Sowjetregierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu der Regierung Jehnsichan in Kanton ab.

In Peking wird ein Chinesisches Komitee zum Schutze des Friedens gebildet.



# VERLAGS ANZEIGEN

## VERLAG DES ZENTRALRATS DER GEWERKSCHAFTEN DER SOWJETUNION „PROFISDAT“

### Neuerscheinungen:

- DER X. GEWERKSCHAFTSKONGRESS DER UdSSR. (19.—27. April 1949.) Stenographischer Bericht. 632 S., Rbl. 17,50
- A. WLADIMIROW, P. SCHELACHIN — *Kohle für die Heimat*. Zweite, ergänzte Auflage. 168 S., Rbl. 4,70  
Ein Buch über die sowjetische Kohlenindustrie und ihre vorgeschrittensten Vertreter.
- J. GRATSCHIEWSKI, A. SLOBIN — *Eine neue Seite*. 148 S., Rbl. 1,90  
Skizzen über die patriotische Bewegung für Umlaufbeschleunigung des Betriebskapitals in den Moskauer Betrieben.
- I. DJAKONOW, A. AKULOW — *Unsere Erfahrung bei Tiefenbaggerarbeiten*. 68 S., Rbl. 1,20
- DIE ARBEIT DER GEWERKSCHAFTSBIBLIOTHEKEN UNTER DEN MASSEN. 108 S., Rbl. 1,90  
Bibliotheksangestellte berichten über ihre Erfahrungen in der politisch-erzieherischen und kulturellen Aufklärungsarbeit unter den Massen.
- RESOLUTIONEN DES II. WELTGEWERKSCHAFTSKONGRESSES. (Mailand, 29. Juni bis 9. Juli 1949.) 64 S., Rbl. —,90

## VERLAG „MOLODAJA GWARDIJA“ (DIE JUNGE GARDE)

### Neuerscheinungen:

- A. AGRANOWSKI — *Natalja Slawgorodskaja*. (Serie „Helden des Stalinschen Planjahr fünf“.) 64 S., Rbl. —,75  
Skizze über eine Heldin der sozialistischen Arbeit, eine hohe Ernteerträge erzielende Arbeitstruppführerin der Kursker Kollektivwirtschaft „Kossar“.
- R. GAMSATOW — *Berglieder*. Aus dem Awarischen. 64 S., Rbl. 2,—  
Verse eines zeitgenössischen awarischen Dichters.
- W. DOBROWOLSKI — *Alexander Schaschkow*. (Serie „Helden des Stalinschen Planjahr fünf“.) 112 S., Rbl. 1,25  
Erzählung über einen jungen Stachanow-Stahlgießer des Kusnezker Hüttenwerks.
- N. SADONSKI — *Steppenbewohner*. Skizzen über das Wolgagebiet. 136 S., Rbl. 2,—
- A. KARDASCHEW, M. KRISSJUK — *Bei der Verteidigung der Heimatstadt*. 46 S., Rbl. —,60  
Über den heroischen Odessaer Komsomol.
- A. KRONOW — *In der Wolgasteppe*. (Die Jugend einer Kollektivwirtschaft.) 120 S., Rbl. 1,75
- L. LINKOW — *Lebensquell*. 160 S., Rbl. 4,50  
Erzählungen über sowjetische Grenzschutzsoldaten.
- I. MENSCHIKOW — *Erzählungen*. 256 S., Rbl. 8,—
- I. OLENITSCH-GNENENKO — *Im Kaukasusgebirge*. 246 S., Rbl. 8,—  
Das Buch eines naturwissenschaftlichen Schriftstellers über das kaukasische Naturschutzgebiet.
- G. OSCHEWEROW — *Die Betriebs-Komsomolgruppe*. 96 S., Rbl. —,80
- L. PLATOW — *Der Archipel versinkender Inseln*. (Serie „Bibliothek wissenschaftlicher Phantasien und Abenteuer“.) 170 S., Rbl. 5,—  
Wissenschaftlich-phantastische Erzählung über sowjetische Polarwissenschaftler.
- A. PROTOPOPOWA — *Maria Fjodorowna Woronitschewa*. (Serie „Helden des Stalinschen Planjahr fünf“.) 110 S., Rbl. 1,25  
Skizze über eine junge Dorfschullehrerin.
- A. FERSMAN — *Meine Reisen*. 152 S., Rbl. 5,50  
Schilderungen eines Sowjetmineralogen über Expeditionsreisen in jungen Jahren.
- N. SCHPANOW — *Brandstifter*. Roman. 904 S., Rbl. 24,—  
Ein Buch über die, die den zweiten Weltkrieg vorbereiteten und entfesselten.

Alles in russischer Sprache.



## **DIE NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN  
RUSSISCHER,  
DEUTSCHER,  
ENGLISCHER UND  
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

## **DIE NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK  
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN  
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN  
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER  
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR  
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-  
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER  
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN  
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF  
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN  
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER  
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

## **DIE NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-  
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN  
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-  
LICHEN LEBENS.